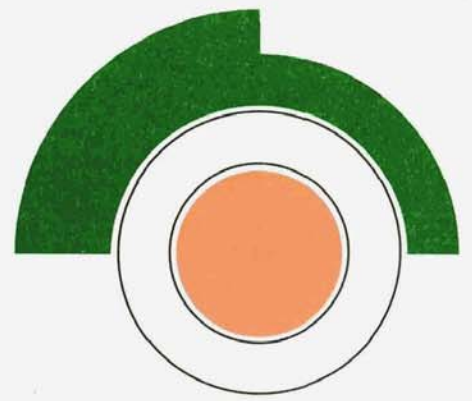


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 15



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 28. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 8.10. 1997

WORT UND WIDERWORT

Sollen die Bürgermeister künftig für acht Jahre gewählt werden?

Die Stellung des Bürgermeisters sei mit der neuen Gemeindeordnung gegenüber dem vorherigen Amt gestärkt worden. Es bedürfe daher keiner Verlängerung der Amtszeit auf acht Jahre, um diese Stellung weiter auszubauen. Schließlich solle nicht verkannt werden, daß es mehr als unpraktisch wäre, wenn die Bürgermeisterwahlen unabhängig von einer Ratswahl durchzuführen wären, da dann permanent Kommunal-Wahlkampfstimung herrschen könnte. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Jürgen Thulke**. Der CDU-Abgeordnete **Albert Leifert** betont, die CDU wolle die Verbindung zwischen Bürgermeister und Bürger stärken. Sie trete für eine konsequente Urwahl des Bürgermeisters ausschließlich durch die Bürgerschaft und niemals durch den Rat ein. Um dieses zu gewährleisten, wolle man die Wahltermine von Rat und Bürgermeister entkoppeln und dem Bürgermeister eine eigenständige, von der Ratswahlperiode unabhängige Amtszeit von acht Jahren geben. Der GRÜNE-Abgeordnete **Ewald Groth** stellt fest, die Abkoppelung der Wahlen zum Gemeinderat und zum Stadtrat von der Wahl zur hauptamtlichen Bürgermeisterin oder zum Bürgermeister würde zu einem isolierten zusätzlichen Wahlkampf führen, der vollständig auf die zu wählende Einzelperson abziele und die kommunale Politik in ihrer Vielfalt tendenziell außer acht lasse. Für eine abgekoppelte Bürgermeisterwahl wäre zudem nahezu eine Verdoppelung der Kosten zu befürchten.

Kennzeichnung von Fleisch bis zur Ladentheke nötig Exportverbot an Quelle prüfen

Die Dimension des Problems illegaler Rindfleischausfuhren sei offenbar viel größer als bisher angenommen. Das bekräftigte Umweltministerin **Bärbel Höhn** (GRÜNE) in einer Fragestunde des Landtags.

Die Ministerin stellte fest, das Loch könne nur gestopft werden, wenn endlich das Exportverbot konsequent an der Quelle, das heiße auf den britischen Inseln, kontrolliert werde. Irland müsse in das Exportverbot einbezogen werden. Sie antwortete damit auf eine Mündliche Anfrage des CDU-Abgeordneten **Eckhard Uhlenberg**, wie lange die Landwirtschaftsministerin von den Mängeln bei der Kontrolle illegaler Rindfleischimporte gewußt und welche Maßnahmen sie zur Beseitigung der Mißstände ergriffen habe.

Frau Höhn machte deutlich, Veterinärämter müßten zusammengelegt werden, damit „keine weißen Flecken auf der Landkarte“ blieben. Sie wies Vorwürfe der CDU-Opposition zurück, wonach ihr Ministerium frühzeitig von den Beanstandungen der EU erfahren habe, ohne die Mängel abzustellen.

Eine Delegation aus Brüssel hatte bei einer Inspektionsreise am 9. September in einem Bochumer Kühlhaus festgestellt, daß die

Rindfleischlieferungen nicht oft genug überwacht worden waren. Die Ministerin machte deutlich, daß bei den Kommunen wegen des Finanzdrucks Personalabbau in einem Bereich stattfinde, wo er nicht stattfinden dürfe. Die Kontrolle sei eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie formuliere diesen Appell gemeinsam mit den Kommunen.



„Dreimal darfst Du raten, wer vor der Tür steht.“

Zeichnung: Hanel (Kölner Stadtanzeiger)

Die Woche im Landtag

Multimedia

Als ein Schlüsselbegriff in der Diskussion über die wirtschaftliche Zukunft des Landes ist Multimedia in einer Debatte dargestellt worden. (Seite 3)

Tourismus

Der Wirtschaftsminister äußerte Zweifel, daß die Tourismus-Unternehmen der WestLB als ein großes Reiseunternehmen zu betrachten seien. (Seite 9)

Mittelvergabe

Der Haushaltskontrollausschuß will sich mit den Vorwürfen gegen die Mittelvergabe durch das Sozialministerium befassen. (Seite 10)

Eine Welt

Auch 1998 tragen die Beiträge des Landes zur internationalen Zusammenarbeit bei. Diese Feststellung wurde im Europa-Ausschuß getroffen. (Seite 11)

Belastungen

Rund ein Drittel der Ärzte hält die ununterbrochene Ruhezeit zwischen Diensten nicht ein. Auch im Pflegebereich gibt es unverträgliche Belastungen. (Seite 12)

Frauenhandel

Ahnungslose Frauen werden unter falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt. 90 Prozent der Opfer kommen aus Osteuropa. (Seite 17)

WORT UND WIDERWORT

Kürzere Wahlzeit trägt zur Effizienzsteigerung bei

Von
Jürgen Thulke

Mit der Reform der Kommunalverfassung 1994 ist in § 65 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung bestimmt worden, daß der Bürgermeister von den Bürgern nach bestimmten Wahlgrundsätzen auf die Dauer von fünf Jahren zugleich mit dem Rat gewählt wird.

Wer die Entstehung dieser Regelung verfolgt hat, weiß, wie kontrovers das Modell der verbundenen Bürgermeisterwahl, insbesondere von der CDU diskutiert worden ist. Auch aktuell stellt die CDU mit einem jetzt in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung ihre seinerzeit verfochtene Position erneut zur Diskussion. Die Gründe, die in diesem Zusammenhang angeführt werden, vermögen nicht zu überzeugen.

Auch wenn man davon ausgehen muß, daß sich einige Projekte in der Gemeinde bei einer längeren Amtszeit von fünf Jahren unter Umständen eher verwirklichen lassen, darf nicht verkannt werden, daß eine kürzere Wahlzeit

SPD: Die Stellung des Bürgermeisters ist gestärkt worden

durchaus zur Effizienzsteigerung beitragen kann.

Die Stellung des Bürgermeisters ist mit der neuen Gemeindeordnung gegenüber dem vorherigen Amt gestärkt worden. Es bedarf daher keiner Verlängerung der Amtszeit auf acht Jahre, um diese Stellung weiter auszubauen. Schließlich soll nicht verkannt werden, daß es mehr als unpraktisch wäre, wenn die Bürgermeisterwahlen unabhängig von einer Ratswahl durchzuführen wären, da dann nicht auszuschließen wäre, daß im ganzen Lande zu unterschiedlichen Zeitpunkten permanent Kommunal-Wahlkampfstimmung herrschte. Von dem Fall, daß ein Bürgermeister vorzeitig aus seinem Amt scheidet und damit unabhängig von der Ratswahl eine Bürgermeisterwahl stattfindet, soll an dieser Stelle nicht gesprochen werden.

Die Verbindung von Ratswahl und Bürgermeisterwahl hat eine Reihe von Vorteilen, die nicht von der Hand zu weisen sind. Im Falle der gleichzeitigen Wahl ist der Bürgermeister in der Lage, für seine Partei die größtmögliche Aufmerksamkeit zu erzielen. Darüber hinaus ist es wünschenswert, daß er sich nicht von seiner Partei entfernt, sondern in starkem Maße in deren Politik eingebunden bleibt.

Insgesamt halten wir die 5jährige Amtszeit für sinnvoll. Die mit der Urwahl 1999 zu machenden Erfahrungen sollen erst einmal abgewartet werden.

Von
Albert Leifert

1994 gelang es in Nordrhein-Westfalen einem Bündnis von Opposition und öffentlicher Meinung, die zutiefst reformunwillige SPD zu einem ersten Reformschritt auf dem Weg zur Demokratisierung der Kommunalverfassung zu zwingen. Die von der Opposition damals ausgesprochene Androhung eines Volksbegehrens veranlaßte die SPD, zumindest einer eingeschränkten Urwahl der hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte zuzustimmen.

Um den von der SPD gewünschten Vorrang der Partei vor dem Bürgerwillen weiterhin zu sichern, so allerdings der so gewählte Bürgermeister in ein Gefängnis von Parteipolitik eingemauert werden. Teile dieser Strategie sind die im Ländervergleich ungewöhnlich kurze Bürgermeister-Amtszeit von fünf Jahren,

CDU: Für eine konsequente Urwahl

die Zusammenlegung des Urwahltermins mit den Wahlen zu den Vertretungskörperschaften und vor allen Dingen das Nachwahlrecht des Rates, falls der Bürgermeister während der laufenden Wahlperiode ausscheidet. Dem Bürgermeister soll es so verwehrt werden, eine eigenständige, nur dem Bürger und nicht einer bestimmten Partei verpflichtete Politik zu treiben; bei Wahlen wird er zum bloßen Listenführer seiner Partei degradiert.

Während die SPD selbst nach ihren eigenen Worten die Verbindung zwischen Bürgermeisteramt, Partei und Fraktion wahren will, will die CDU die Verbindung zwischen Bürgermeister und Bürger stärken. Wir treten ein für eine konsequente Urwahl des Bürgermeisters ausschließlich durch die Bürgerschaft und niemals durch den Rat. Um dies zu gewährleisten, wollen wir die Wahltermine von Rat und Bürgermeister entkoppeln und dem Bürgermeister eine eigenständige, von der Ratswahlperiode unabhängige Amtszeit von acht Jahren geben, damit er einer ihm vom Bürger direkt gegebenen Verantwortung zum Wohle der gesamten Gemeinde gerecht werden kann.

Von
Ewald Groth

Die Änderung der Gemeindeordnung mit der 1999 erstmals stattfindenden Direktwahl eines hauptamtlichen Bürgermeisters oder einer Bürgermeisterin hat die Position des Bürgermeisters gestärkt. Dabei wurde aus gutem Grunde die Amtszeit der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters an die Amtszeit des Rates gekoppelt. Beide werden jetzt für fünf Jahre gewählt. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wäre nach der Abschaffung der Doppelspitze eine Verlängerung der Amtszeit der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters von fünf auf acht Jahre das falsche Signal.

Die Abkoppelung der Wahlen zum Gemeinderat und zum Stadtrat von der Wahl zur hauptamtlichen Bürgermeisterin, Bürgermeister bzw. Oberbürgermeisterin, Oberbürgermeister würde zu einem isolierten zusätzlichen Wahlkampf führen, der vollständig auf die zu wählende Einzelperson abzielt und die kommunale Politik in ihrer Vielfalt tendenziell außer acht läßt. Eine weitere Stärkung der hauptamtlichen Bürgermeister oder Bürgermeiste-

GRÜNE: Wähler beurteilen gesamte Politik des Rates

rinnen und eine Schwächung des Rates sowie ein fast dauerhafter Wahlkampfzustand in den Kommunen wären die Folge. Finden die Wahlen jedoch zeitgleich statt, urteilen und beurteilen die Wählerinnen und Wähler die gesamte Politik des Rates, der Parteien und der hauptamtlichen Bürgermeister oder Bürgermeisterinnen.

Eine wichtige Frage, die in der Diskussion um die Länge der Amtszeit beantwortet werden muß, ist auch die Frage nach den Kosten. Nahezu eine Verdoppelung der Kosten ist für eine abgekoppelte Bürgermeisterwahl zu befürchten. Und was ist mit den Kosten, die entstehen, wenn eine neue Mehrheit nach der Ratswahl unliebsame Hauptamtliche in die Wüste schießt? Dabei würden die Kosten für eine komplette Versorgung der pensionierten Bürgermeisterin, Bürgermeister voll zu Buche schlagen. Wir verkennen nicht, daß natürlich auch folgendes zu bedenken ist: Die Aufgaben der hauptamtlichen Bürgermeister, nämlich einerseits die Leitungsfunktion in einer großen Verwaltung wahrzunehmen, andererseits den Vorsitz des Rates zu übernehmen, sind Aufgaben für Führungskräfte. Für diese Aufgaben müssen Menschen mit Managerqualifikationen gefunden werden. Das ist natürlich um so schwerer, je kürzer die Amtszeit ist. Die Frage, ob deshalb die Amtszeit sogar auf zehn Jahre ausgedehnt werden sollte, wage ich nicht zu beantworten. Wir sind gut beraten, wenn wir jetzt erst einmal die Erfahrungen mit den Neuerungen abwarten.

Multimedia ist Schlüsselbegriff für wirtschaftliche Zukunft des Landes

Die SPD nannte Multimedia bei der Debatte über die Große Anfrage 2 der SPD-Fraktion „Nordrhein-Westfalen in der Informationsgesellschaft, Perspektiven, Gestaltung und Herausforderungen von Multimedia“ sowie die Antwort der Landesregierung einen „Schlüsselbegriff“ in der Diskussion über die wirtschaftliche Zukunft des Landes. Die CDU forderte dazu auf, das Anwendungspotential von Multimedia zu nutzen und die Voraussetzungen zu schaffen, um es optimal zu erschließen. Die GRÜNEN wiesen darauf hin, die Antwort auf die Große Anfrage mache deutlich, daß sich NRW zum führenden Medienland in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt habe.

Marc Jan Eumann (SPD) erklärte, nur wenn eine intensive gesellschaftliche Debatte über Chancen, aber auch über Risiken geführt werde, ließen sich Chancen nutzen und Risiken minimieren. Unumstritten sei hierbei: Multimedia sei ein Schlüsselbegriff in der Diskussion über die wirtschaftliche Zukunft des Landes und gleichzeitig eine große Herausforderung für die Gesellschaft. Es gehe um den verantwortungsvollen Umgang mit neuen Techniken und Technologien und letztlich um die Frage, wie man in Zukunft leben wolle. Da sei Politik ganz besonders gefordert. Für die SPD betonte er: „Wir begreifen diese Herausforderung als umfassende Aufgabe der Wirtschaft, Technologie, Wissenschaft, Bildungs-, Gesellschafts-, Kultur- und Ordnungspolitik.“ Das bedeute auch, daß man bislang Getrenntes zusammenführen und bündeln müsse. Praktisch alle Arbeitskreise der SPD-Fraktion seien an der Konzeption der Großen Anfrage beteiligt gewesen. Das Fazit seiner Fraktion laute: „Es hat sich gelohnt.“ Mehr noch: Hinter der Drucksache 12/2228 verberge sich ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. In keinem anderen Land sei so viel vom Aufbruch in die Informationsgesellschaft spürbar und sichtbar wie in NRW. Firmen aus NRW landeten in Hollywood. Das Ruhrgebiet sei das Zentrum des größten Multimediatestprojekts Europas. In Kliniken werde Telemedizin praktiziert. In nordrhein-westfälischen Hochschulen werde weltweit kooperiert.

Ruth Hieronymi (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, meinte, Multimedia und die Informationsgesellschaft erforderten Schnelligkeit und Veränderungen. Deshalb begrüße sie für die CDU, daß die SPD eine Große Anfrage zu diesem Thema gestellt habe. Erst der Abschied vom Rundfunkmonopol habe eine Innovation und neue Arbeitsplätze möglich gemacht. Arbeiteten 1984 erst 170 000 Beschäftigte in der Medienwirtschaft, berichtete Frau Hieronymi, so seien es 1995 bereits 197 000 gewesen. 16 Prozent mehr! Neun Prozent habe der Durchschnitt in NRW betragen. Die Zahlen belegten: Das Ende des Monopols und die Einführung des privaten Rundfunks in Deutschland durch die Union



Weltweit beste Infrastruktur: v.l. Marc Jan Eumann (SPD), Ruth Hieronymi (CDU), Roland Appel (GRÜNE) und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD).
Fotos: Schälte

in Bund und Ländern sei die Voraussetzung für die Wachstumslokomotive Rundfunk und den Strukturwandel auch in NRW gewesen. Deshalb sei es absurd, so zu tun, als wären die Aktivitäten der Bundesregierung zur Informationsgesellschaft viel zu spät erfolgt. Deutschland verfüge über eine der weltweit besten Infrastrukturen im Bereich der Telekommunikation. „Bei der Infrastruktur für die Informationsgesellschaft sind wir Platz 1 der Weltrangliste“, sagte die Politikerin. Die Bundesrepublik verfüge über 53 ISDN-Anschlüsse auf je 10 000 Einwohner. ISDN-Anschlüsse seien die Voraussetzung, um die neuen multimedialen Techniken überhaupt nutzen zu können.

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, äußerte, die Landesregierung habe mit der Beantwortung ein interessantes Pamphlet vorgelegt. Es handele sich um eine bemerkenswert einseitige Darstellung der Situation am Medienmarkt, eine Streitschrift, ein Pamphlet im Sinne politischer Wunschvorstellungen, besonders bezüglich mancher Perspektiven, die er übrigens weitgehend teile. Aber sie genügten den Erfordernissen wissenschaftlicher Arbeit, Gesamtzusammenhänge zu würdigen, nicht. Sie berücksichtigten zum Beispiel den gesamten Bereich der Auswirkungen neuer Techniken auf die Teilhabe von Frauen am Berufsleben nicht. Dennoch zeigte sich Appel optimistisch, daß Tatsachen, auch wenn sie in Pamphleten stünden, auf Dauer von Politik nicht ignoriert werden könnten. NRW habe sich, das mache die Antwort auf die Große Anfrage deutlich, zum führenden Medienland in der Bundesrepublik entwickelt. „Wir begrüßen diese Entwicklung außerordentlich.“ Gleichwohl müsse man sich auch mit verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungen befassen. Herausragend nannte er die Medienkonzentrationskontrolle. Auch könne man am Beispiel des Pokers dieser Tage, insbesondere um die Kabelzugangsrechte für das digitale Fernsehen sehen, wie leicht Kartelle entstehen könnten.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) meinte zum Begriff „Pamphlet“, es könne schwerlich eine Streitschrift sein, was durch parlamentarische Anfragen herausgefordert sei und zur Beantwortung zwingt. Er glaube, daß die Große Anfrage Anlaß gegeben habe, umfassend über die

Herausforderungen der Informationsgesellschaft zu berichten. Der für die Medien zuständige Minister wies darauf hin, daß das meiste von dem, was das wirtschaftliche, berufliche und private Leben aller Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande stark verändern werde, sehr viel stärker im Bereich der Individualkommunikation liegen werde, also nicht in dem Sektor, der gemeinhin mit Kürzeln wie RTL oder SAT 1 oder mit Namen wie Kirch und anderer verbunden werde. „Wir haben es hier mit Veränderungen im Bereich der Medien- und Telekommunikationsindustrie zu tun, hin zu einer multimedialen Entwicklung, die sich insbesondere in den Unternehmen unseres Landes schon viel stärker auswirkt als unsere politische Diskussion gelegentlich zu erkennen gibt“, sagte Clement. Mindestens vier von fünf Arbeitsplätzen würden von dieser multimedialen Entwicklung in überschaubarer Zeit beeinflusst und auch verändert. Dieser Sektor sei zu einem Standortfaktor außerordentlicher Größenordnung geworden und werde es immer mehr. Das gelte für den technischen Sektor wie für den der Dienstleistungen.

Reinhard Grätz (SPD) sagte, man wisse, die Informationsgesellschaft werde in vielen Bereichen zu einer Abnahme von Arbeitsplätzen führen, in anderen Bereichen natürlich zu einer Zunahme. Ob es ein Nullsummenspiel werde oder nicht, wisse man heute noch nicht. „Nur eines wissen wir: Wenn wir den Weg in die Informationsgesellschaft verweigern, dann gibt es gar keine Arbeitsplätze, und das wäre das schlimmste“, betonte der Abgeordnete. Also könne man diesen Weg nur zielstrebig gehen und alle beschäftigungspolitischen Möglichkeiten der künftigen Informationsgesellschaft ausnutzen.

Lothar Hegemann (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, bekräftigte, es sei richtig gewesen, Deutschland Anfang der 80er Jahre zu verkabeln und zu sagen: Sobald man das Problem mit der Verknüpfung von Kupfer- auf Glasfaser technisch bewerkstellige, „werden wir es so machen“. So sei es denn auch geschehen, weil in der Elektronik Entfernungen Gott sei Dank keine Rolle spielten, da sich das in Lichtgeschwindigkeit abspiele. „Die Entscheidung für das Kupferkabel, die getroffen worden ist, war also richtig.“

Aufklärung über „unkontrollierte Milliarde“

Horstmann räumt Mängel bei Verfahren ein

Den CDU-Antrag „Unverzögliche Aufklärung über unkontrollierte Milliardenzuweisung“ (Drs. 12/2403) lehnte die Landtagsmehrheit nach der Aussprache am 1. Oktober ab und nahm die SPD/GRÜNE-Entschiebung (Drs. 12/2436) an.

Michael Breuer (CDU) berichtete von niederschmetternden Prüfungsergebnissen des Landesrechnungshofs (LRH) bei Zuweisungen für Kindertagesstätten: Landesmittel von über einer Milliarde Mark seien ohne Kontrolle verausgabt worden. Es habe keine wirksame Aufsicht der Bezirksregierungen gegeben. Der dafür verantwortliche frühere Minister Müntefering sei seit Tagen auf Tauchstation. Minister Horstmann habe sich in neue Widersprüche verstrickt und im Ausschuß einräumen müssen, daß der Vorgang geprüft werden müsse. Der Staatssekretär habe von möglichen Zinsverlusten für das Land gesprochen. Die 27 Seiten vom LRH seien der Presse zugespielt worden. Daß der LRH die Parlamentarier nicht früher offiziell informiert habe, sei bedauerlich. Die CDU müsse Aufklärung auf ihre Fragen verlangen und darüber, wie der Schaden wiedergutmacht werde. „Herr Minister, verzögern, verschweigen und vertuschen Sie nicht länger, klären Sie auf, und zwar schnell!“ forderte Breuer.

Bernd Flessenkemper (SPD) erklärte, es gehe zum einen um Kritik am Verfahren zwischen LRH und Landtag und zum anderen um die Vergabe von Landesgeldern zur Kindergarten-Finanzierung. Die CDU erwecke den Eindruck, als gehe es ihr um frühzeitige Information als Recht des Parlaments. Tatsächlich wolle sie wegen parteipolitischer Effekthascherei Druck auf den LRH ausüben. Der LRH sei ein unabhängiges Organ. Jedes Mitglied genieße richterliche Unabhängigkeit, für das Kleine und das Große Kollegium gelte dasselbe. Es dürfe keinen Imperativ des Landtags gegenüber dem LRH geben. Sozialdemokraten respektierten diese Unabhängigkeit und bestätigten die Souveränität des LRH im Koalitionsantrag. In der Sache seien einige Prüfungsvermerke zwischen LRH und Ministerium abgearbeitet. Noch offene Punkte würden in die Gesetzesnovelle einbezogen. Der CDU sei Information im Ausschuß nach gründlicher Aufarbeitung angeboten worden. 1993 und 1994 habe der Landtag die Kindergartenförderung umgestellt und in kürzester

Zeit über 100 000 Plätze gebaut, ganztags, altersgemischt und weitere Formen. Damals seien Initiativen von allen gemeinsam politisch gewollt worden. Neben fiskalischen müßten auch fachliche Aspekte einbezogen werden. Die CDU solle ihren Antrag schleunigst aus der Welt schaffen.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) sagte, ein Skandal bleibe ein Skandal, auch wenn ihn eine Opposition aufdecke. Die CDU habe jetzt eine alte Prüfungsmittelteil von 1996 als eine Art Geheimpapier hochgezogen. Das sei eine Luftnummer. Die Leitsätze klängen wie eine schwere Anklage gegen das MAGS. Es sei aber nur der Zwischenbericht. Die CDU solle Vorwürfe zurücknehmen, der LRH begreife sich als freundliches Hilfsorgan der Landesregierung. Er habe ein geordnetes Verfahren praktiziert. Die Attacken der CDU entbehrten jeglicher Grundlage. Der Prüfungsvorgang sei nicht abgeschlossen. Die Korrespondenz zwischen LRH und MAGS sei beendet. Das Große Kollegium sei nicht damit befaßt, weil der LRH das noch nicht für berichtsreif gehalten habe. Vor der derzeitigen Diskussion über Kindergartenfinanzierung hätte er sich allerdings ein „politischeres Händchen“ vom LRH und einen früheren Prüfungsabschluß gewünscht. Seine Fraktion erwarte mit Spannung die angekündigten Berichte des LRH und des MAGS in den Ausschüssen und glaube nicht, daß alle Beanstandungen ohne Grundlage seien.

Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD) leitete ein mit der Bemerkung, der Auseinandersetzung über das Haushaltsgebaren müsse sich die Regierung stellen. Das Verhalten des LRH zu bewerten, stehe ihm nicht zu. Die Angriffe auf Müntefering weise er zurück. Der LRH habe das Gesetz beanstandet, weil der Gesetzgeber geteilte institutionelle Verantwortlichkeiten geschaffen habe. Und er habe dem Verwaltungshandeln Vorwürfe gemacht. Ein Kreis habe bereits am 30. September 1993 3,5 Millionen Mark abgebucht, obwohl wenige Tage später lediglich 3,4 bewilligt seien. Eine Stadt

habe im März 231 000 Mark abgebucht, die ihr erst Anfang 1994 zugestanden hätten. Viele Jugendämter hätten falsche Angaben gemacht. Gemeinden hätten bei angespannten Haushalten möglichst frühzeitig an Landesmittel zu kommen versucht. Es seien keine Steuermittel verschwendet worden. Eventuell zuviel gezahlte Beträge würden im späteren Quartal wieder verrechnet. Buchungsfehler seien wieder behebbar. Möglicherweise seien dem Land Zins-einnahmen entgangen, das wäre jedoch den kommunalen Haushalten zugute gekommen. Der LRH kritisiere im übrigen den Gesetzgeber. Seit einem Jahr würden Mängel zu beheben versucht. Jugendämter würden zu genauerer Prüfung aufgefordert, andererseits zur Berücksichtigung der wirtschaftlichen Belange der Kindergartenförderung. Der Personalkostenzuwachs wurde auf 3,5 Prozent begrenzt, für 1998 sei Begrenzung auf zwei Prozent in Vorbereitung. Ab 1. Januar 1998 solle die Haushaltsüberwachung mit einem Monitoring-Verfahren verbessert werden.

Dr. Helmut Linsen (CDU), Fraktionsvorsitzender, hielt die Veränderung des GRÜNE-Redners und dessen Beitrag für eine Zumutung. Er habe, von Pulverdampf entkleidet, der CDU recht gegeben und die späte Information des LRH bedauert. Diese Art Maulkorb, die die SPD dem LRH verpaßt habe, sei für die Kontrolle der Finanzströme unerträglich. Vorgänge von 1994 durch Zufall von einem Journalisten auf die Tagesordnung gebracht, das müsse einen Aufschrei auslösen. Breuer habe keinen Zwischenbericht, sondern Entscheidungen vorgetragen. Die Vorwürfe blieben voll aufrechterhalten. Viele von der SPD verfluchten heute die Zustimmung zur Änderung des LRH-Gesetzes. Im Bund kämen die Berichte postwendend auf den Tisch, antwortete Linsen auf einen Einwurf von Reinhold Trinius (SPD) und zitierte Ausschuß-Äußerungen von Flessenkemper (SPD), früheres Eingreifen des LRH wäre wünschenswert gewesen. Formal habe sich die LRH-Präsidentin völlig korrekt verhalten. Einen Sonderbericht halte er richtig und klug.

Klaus Matthiesen (SPD), Fraktionsvorsitzender, korrigierte, die LRH-Präsidentin habe sich gesetzeskonform verhalten. Geltendes Recht sei nicht nach Interessen der Opposition zu biegen. Ohne Abschlußprüfung nehme Linsen eine Vorverurteilung vor, wenn er von Schlampereien von Ministern spreche. Das sei unsolid und unterhalb der Gürtellinie.



Bei Zuweisungen zu Betriebskosten für Kindergärten seien Landesmittel in Milliardenhöhe ohne Kontrolle verausgabt worden, stellte die Opposition unter Bezugnahme auf den Landesrechnungshof fest, v. l. Michael Breuer (CDU), Bernd Flessenkemper (SPD), Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE), Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD).
Fotos: Schälte

Union will Konzept zur Beendigung des Strafvollzugsnotstands im Land

Die Landesregierung solle umgehend ein Konzept zur Beseitigung des Belegungsnotstandes in den Justizvollzugsanstalten vorlegen. Dies verlangt ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 12/2398), über den nach Willen der Fraktion das Plenum direkt abstimmen sollte. Die Mehrheit beschloß allerdings bei der Debatte am 1. Oktober, den Antrag an den federführenden Rechtsausschuß zur abschließenden Beratung und Abstimmung zu überweisen.

Tanja Brakensiep (CDU) urteilte, die Gefängnisse seien weit vom Idealbild eines auf Resozialisierung abzielenden Strafvollzugs entfernt, der auf die Verantwortung für ein künftig straffreies Leben vorbereiten solle. Deswegen müsse sich etwas ändern: Im Sinne von wirklicher Sicherheit für den Bürger und der Chancen des Straftäters, seine eigene kriminelle Vergangenheit zu überwinden. Brakensiep: „Der steuerzahlende Bürger als potentielles Opfer ist immer weniger bereit, die hohen Kosten eines auf Behandlung des Täters gerichteten Strafvollzugs weiter zu finanzieren, weil von einem Erfolg ja nur in den wenigsten Fällen gesprochen werden kann.“ Angesichts der Überfüllung der Anstalten, der Arbeitsbelastung der Bediensteten und der Zusammensetzung der Inhaftierten sei ein am Resozialisierungsgedanken orientierter Strafvollzug fast nicht mehr zu leisten. Wenn die Relation von Bediensteten und Gefangenen, die es 1990 gegeben habe (1 : 1,76) heute erreicht werden sollte, müßten 1500 neue Stellen geschaffen werden. Wenn dann noch Überlegungen umgesetzt würden, die Strafhöhe bei bestimmten Delikten heraufzusetzen, dann müsse verhindert werden, daß Richter, die frei in der Strafzumessung seien, in ihre Vorüberlegungen den Gesichtspunkt „Anzahl der Haftplätze in Nordrhein-Westfalen“ einbeziehen. Wenn man in dieser Situation den rot-grünen Koalitionsvertrag lese, dann müsse man sich fragen, in welchem Land man lebe. Denn dort finde sich die Feststellung, daß in den nächsten fünf Jahren eine die Gesamtkapazität erhöhende Neueinrichtung von Strafanstalten nicht erforderlich sei. Der Minister kenne zwar die Probleme und sehe auch, daß der Strafvollzug an der Grenze der Belastbarkeit angelangt sei, aber der folgere daraus: „Daran läßt sich nichts ändern.“

Frank Sichau (SPD) meinte zu der Einschätzung, daß die Gesamtkapazität an Vollzugsplätzen im ausgedehnten Jahrzehnt nicht erhöht zu werden braucht, in dieser Frage gebe es weder ein „Tabugebot noch Denkverbot“ — bedauerlicherweise steigende Zahlen im Vollzug seien „Grund zu angemessener Tätigkeit“. Die Schwierigkeiten seien allgemein bekannt, aber so, wie die CDU in ihrem Antrag Strafverfolgung und Strafrechtsprechung thematisiere, betreibe sie „Elementarpopulismus“. Sichau: „Wer hätte gedacht, daß Sie von der Opposition derart verfassungsrechtlich bedenklich Anträge in dieses Haus einbringen, zumal Sie doch immer vorgeben, fest auf dem Boden der Verfassung zu stehen.“ Die Landesregierung verfüge über ein durchdachtes Konzept zum Strafvollzug, das weiter-

entwickelt werde und in dem besondere Belastungen konstruktive Berücksichtigung fänden. Woher solle das von der CDU geforderte zusätzliche Personal kommen? Es sei keine Lösung, wie die Union dies verlange, den angeblichen Wasserkopf der beiden Justizvollzugsämter auf der Mittelebene zu beseitigen. Darüber sei schon diskutiert und dabei festgestellt worden, daß es sich dort um wichtige Aufgaben handele, die nicht einfach ersatzlos abgeschafft, sondern allenfalls (Sichau: „Und dann noch funktionswidrig“) verlagert werden könnten — „das alles würde also lediglich Effekthascherei sein“. Die Alternative dazu sei der Weg „der weiterführenden und zeitnah umzusetzenden Organisationsentwicklung“.

Christiane Bainski (GRÜNE) zeigte sich überrascht, daß die CDU ihr Herz für den



Unterschiedliche Sichtweisen und Vorstellungen zur Abhilfe der angespannten Situation im Strafvollzug (v.l.): Tanja Brakensiep (CDU), Frank Sichau (SPD), Christiane Bainski (GRÜNE) und Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD).
Fotos: Schälte

Strafvollzug entdeckt habe. Es sei zwar unverfänglich, wenn sie ein Konzept zur Überwindung des Belegungsnotstandes einfordere, die Union gehe in der Begründung aber von falschen Grundannahmen aus, sie greife Symptome auf, „ohne sich den Ursachen zu stellen“. Die Sprecherin: „Wenn in einer Gesellschaft die Kriminalität steigt, so ist dies immer ein Indiz für verfehlte Gesellschaftspolitik. Wir haben doch nicht plötzlich mehr schlechte Menschen in unserem Lande.“ Die Politik der Bundesregierung schaffe bei immer mehr Menschen Verzweiflung und Not — „und auf diesem Boden wächst Kriminalität“. Im übrigen sei es nicht der Vollzug, der Rückfallquoten hervorbringe, sondern auch das gesellschaftliche Umfeld, das die Reintegration in die Gesellschaft schwierig mache. Bei Kriminalität sei mit „intelligenten Sanktionsformen“ zu reagieren; Wegsperrern sei die am wenigsten intelligente, fand sie. Wichtiger sei es, „die Täter mit ihrer Tat zu konfrontieren und sie in einen Prozeß zu zwingen, den Schaden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wiedergutzumachen“.

Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) urteilte, mit dem, was der Antrag vorlege, würden die Probleme nicht gelöst. Der CDU werde auch nicht gelingen, einen Keil zwischen der Koalitionsvereinbarung und den Minister zu schieben. Die Vereinbarung beruhe auf den Tatsachennahmen von 1995, diese Tatsachen hätten sich fortentwickelt, „die Koalitionsvereinbarung wird an diesem Punkt entsprechend zu interpretieren sein“. Es sei natürlich sehr einfach, nach

mehr Personal zu rufen, aber kein Bereich der öffentlichen Verwaltung könne mit mehr Personal rechnen. Die besonderen Anstrengungen seien daher auf Organisationsentwicklung und die Veränderung der Arbeitsabläufe im Vollzug zu richten. Es sei eine „schlichte Sicht der Dinge“, wenn im Antrag nahegelegt werde, die Gerichte müßten bei Verurteilungen zu Freiheitsstrafen Zurückhaltung üben, „weil die Gefängnisse überfüllt seien, da die rot-grüne Koalition die Haftplatzkapazitäten nicht vergrößern wolle“. Übrigens habe man für die Situation des Strafvollzugs im Lande ein Konzept, natürlich müsse jeder, der wegen einer Straftat zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werde, diese auch antreten. Bei den Zahlen der Gefangenen gebe es ständiges Auf und Ab; das liege aber sicher nicht an zu laschen Urteilen, wie dies die Opposition glauben machen möchte. Der Minister führte die von der Landesregierung getroffenen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation im Strafvollzug auf und machte darauf aufmerksam, daß der Vollzug trotz der schwierigen Haushaltslage den größten

Stellenzuwachs im Bereich der Justiz zu verzeichnen habe. Auch seien mehrere neue Anstalten in Betrieb genommen worden.

Maria Theresia Opladen (CDU) meinte unter Hinweis auf die Erwartung der Bürger, daß der Staat ihre Sicherheit zu gewährleisten habe, und im Licht der Wahlergebnisse der Hamburger Bürgerschaftswahl: „Die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen hat offenbar die Signale noch nicht verstanden.“ Der Minister trage Verantwortung für den eingeräumten Notstand im Strafvollzug, er könne da nicht nur die Situation beklagen und mit leeren Kassen winken. „Wir wollen von Ihnen mit unserem Antrag heute nur wissen, was Sie denn zur Beseitigung des Notstandes zu tun gedenken.“

Robert Krumbein (SPD) hielt der CDU vor, sie entwerfe wieder ihr altes Bild. Es gehe doch gar nicht darum, „Straftäter, die eine Gefahr für die Bevölkerung darstellen, womöglich nicht in Haft zu nehmen“. Vielmehr sei daran zu arbeiten, den Sanktionskatalog zu differenzieren und andere Wege zu finden. Auch wie man im personalwirtschaftlichen Bereich weiterkommen wolle, werde im Rechtsausschuß zu erörtern sei.

Kinder- und Jugendparlamente trafen sich im Landtag

Unter dem Titel „Volle Pulle“ fand am 3. und 4. Oktober ein landesweites Treffen von Mitgliedern der Kinder- und Jugendparlamente in Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf statt. Auf dem Programm stand auch ein Besuch des Landtags.

Die jungen Leute wurden von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose begrüßt, der mit ihnen den Plenarsaal besichtigte und in Ansätzen die Arbeitsweise des Parlaments erläuterte. Er machte ferner deutlich, daß anlässlich des Weltkindertages schon seit vielen Jahren immer Kinder und Jugendliche im Landtag zu Gast gewesen seien und im Kinderparlament vorgetragen hätten, was besser gemacht werden könnte und wo Hilfe nötig sei. Festgestellt habe man allerdings auch, daß viele Themen und Probleme unmittelbaren Bezug zur eigenen Stadt oder zum eigenen Stadtviertel hätten und „vor Ort“ am besten besprochen werden könnten.

Mitsprache

Nach dem Vizepräsidenten übernahm die Vorsitzende des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Annegret Krauskopf (SPD), die Regie. Die Diskussion wurde von zwei Jugendlichen, Robert Hotstegs und Carina Koch, moderiert. Kritisiert wurde von den jungen Leuten die mangelnde Anwesenheit von Politikern. Der Vorwurf wurde laut, man nehme sie nicht ernst. Frau Krauskopf versicherte, sie werde im zuständigen Ausschuß ausführlich über das Treffen berichten.

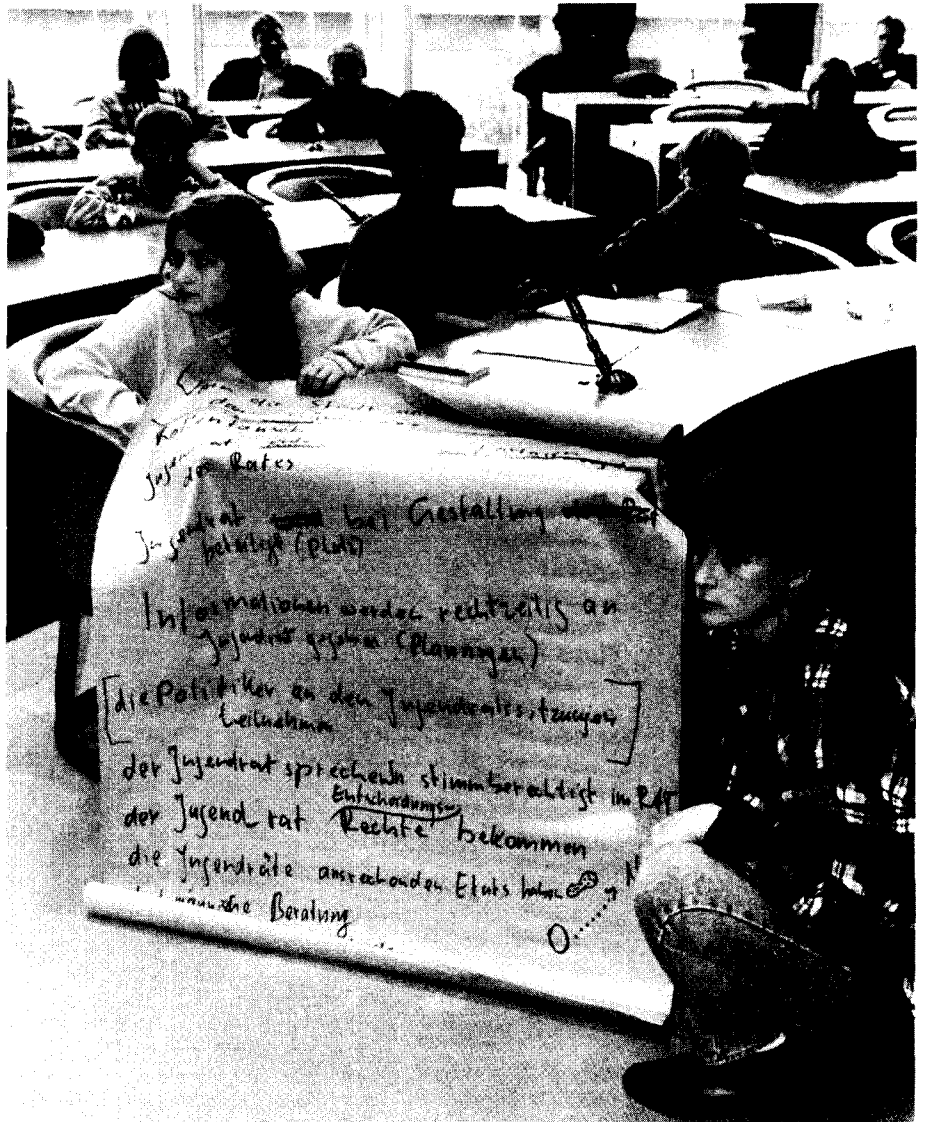
Danach präsentierten die rund 90 Jungen und Mädchen die Forderungen und Ideen, die von ihnen erarbeitet worden waren. So sollte die Absicherung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch Verankerung in der Gemeindeordnung erfolgen, u. a. durch die Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten, Mitsprache in den Fachausschüssen und Erarbeitung von Organisationsempfehlungen für Kinder- und Jugendparlamente. Ferner sollte ein Modell für eine Ansubfinanzierung zur Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten entwickelt werden. Örtliche Jugendämter müßten die Kinder- und Jugendparlamente organisatorisch unterstützen, und Etats für Kinder- und Jugendparlamente sollten aufgestellt werden. Auch die Einrichtung einer zentralen Informationssammelstelle beim Landeskinderbeauftragten Dr. Reinald Eichholz wurde vorgeschlagen.

Darüber hinaus sollten Kinder und Jugendliche bei der Beratung des Jugendförderungsgesetzes mitwirken und Plätze sowie Treffs für Jugendliche geschaffen werden. Als ein wichtiges Ergebnis des Treffens wurde schließlich die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe – koordiniert vom Landeskinderbeauftragten – festgehalten, die die Ideen und Forderung weiter begleiten und neue Ideen prüfen soll. Zu den Treffen dieser AG sollen je nach Thema Landtagsabgeordnete eingeladen werden.

Die Kinder und Jugendlichen hatten ihre Vorstellungen am Tag zuvor im Jugendgästehaus in Düsseldorf formuliert, in verschiedenen Arbeitsgruppen Erfahrungsaustausch betrieben und die Ergebnisse dann in „Großer Runde“ vor dem „Volle Pulle“-Aktionsabend vorgestellt.



Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose und die Ausschußvorsitzende Annegret Krauskopf (SPD), im oberen Bild rechts, begrüßen die Jungen und Mädchen. — Auf eine große Papierrolle haben die jungen Leute ihre parlamentarischen Forderungen notiert (unteres Bild).



Kommunikation
Jugendrat
Jugendrat vom Land
Informationen werden rechtzeitig an Jugendrat gehen (Planung)
[die Politiker an den Jugendparlamenten teilnehmen]
der Jugendrat sprechen stimmberahchtigt im Rat
der Jugend rat Rechte bekommen
die Jugendräte anerkennen Etats
... die Beratung

Die Forderung nach einer Ausbildungsplatzabgabe hat am vergangenen Donnerstag in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der GRÜNEN zum Thema „Bund muß solidarische Ausbildungsplatzfinanzierung durchsetzen!“ zu Dissonanzen zwischen den Koalitionspartnern SPD und GRÜNE geführt. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) wurde von dem GRÜNE-Abgeordneten Daniel Kreutz aufgefordert, den Ausbildungskonsens mit der Wirtschaft aufzukündigen. Clement wies das Ansinnen nachdrücklich zurück. CDU-Sprecher Laurenz Meyer hielt den GRÜNEN vor, ihr Problem sei, daß sie mit der Arbeitswelt überhaupt nichts zu tun hätten.

Daniel Kreutz (GRÜNE) betonte, der Ausbildungskonsens NRW sei zur Sicherung des Rechts auf qualifizierte Ausbildung unbrauchbar. Niemand könne behaupten, daß die gesamte Ausbildungsdebatte der letzten Jahre irgendeinen Vorschlag hervorgebracht habe, der einen auch nur annähernd vergleichbaren Beitrag zur Lösung des Problems erwarten ließe wie die gesetzliche Umlagefinanzierung der betrieblichen Ausbildung. „Wer nicht ausbildet, muß zahlen.“ Gefordert sei hier der Bund.

Bodo Hombach (SPD) hielt den GRÜNEN vor: „Die, über die Sie hier sprechen, müssen den Eindruck haben, daß Ihnen die Pflege des Problems wichtiger ist als die Lösung. Das ist nicht unsere Politik.“ Während Minister Clement durch das Land reise und in Knochenarbeit Ausbildungsplatz für Ausbildungsplatz zusammensuche, löse er ein Problem. „Unser Ausbildungskonsens ist mittlerweile beispielhaft für viele andere Länder, denen es um eine wirkliche Problemlösung geht.“

Laurenz Meyer (CDU) warf den GRÜNEN vor, wer Handwerker und Betriebsleiter die junge Leute weit über Bedarf einstellten und sich große Mühe gäben, vor Ort junge Leute auszubilden, so verunglimpfe, der werde den jungen Leuten im Lande soviel schaden, „wie Sie sich das überhaupt nicht vorstellen können!“ Der Abgeordnete folgerte: „Ihr Problem ist, daß Sie mit der Arbeitswelt überhaupt nichts, null zu tun haben.“ Sie seien so weit weg von ihrer Mentalität von

Mangel an Lehrstellen nur durch mühevoll Kleinarbeit zu beheben

nichtproduktiven Arbeitsplätzen, daß sie nicht mehr mitreden sollten bei Themen, bei denen es um Arbeit vor Ort und in den Betrieben gehe.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) erklärte, unter schwierigen ökonomischen Bedingungen seien mehr Ausbildungsplätze mobilisiert worden als 1996. „Wir haben eine größere Zunahme der Ausbildungsbereitschaft unserer Unternehmen als alle anderen Länder. Das ist ganz offensichtlich auf eine zunehmende Ausbildungsbereitschaft unserer Unternehmen zurückzuführen“, sagte der Minister. Den Ausbildungskonsens NRW als unbrauchbar zu bezeichnen, erfordere eine Ignoranz, vor der man eigentlich nur still sein könne. „Verlassen Sie sich darauf — und das sage ich vor allen Dingen an die Jugendlichen —: Sie werden einen Ausbildungsplatz bekommen.“

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, meinte, man habe hier einen Scherbenhaufen zwischen Rot und Grün zu betrachten, der voraussehbar gewesen sei. Man müsse sich das alles einmal auf der Zunge zergehen lassen. Die Opposition sage: „Das, was ihr da vorhabt, ist richtig. Wir begleiten euch, machen alle Anstrengungen vor Ort.“ Und der Partner sage genau das Gegenteil. Linssen vermutete, die GRÜNEN witterten Morgenluft, wenn sie in diesem Bereich voll auf Konfrontation gingen.

Klaus Matthiesen, SPD-Fraktionschef, stellte klar, bei dieser Debatte gehe es nicht um eine Abrechnung über Rot-Grün, wie dies die CDU wöhne, „vielmehr geht es schlicht um die Frage, ob wir jungen Menschen im Lande und ausbildenden Betrieben ein Signal des gemeinsamen Willens und Wollens geben können“. Er sagte, die SPD werde den Ausbildungskonsens zum Erfolg führen und den guten Kurs der Kooperation und Zusammenarbeit unbeirrt fortsetzen.

Gisela Nacken, GRÜNEN-Sprecherin, lobte den zuständigen Minister für sein Engagement, Ausbildungsplätze einzuwerben, jede zusätzliche Lehrstelle sei zu begrüßen. Aber am Jahresende werde sich zeigen,

daß der Konsens nicht trage und die Schere wieder genauso auseinanderklaffen wird wie im Vorjahr. Darum sei der Ausbildungskonsens aus der Sicht der Jugendlichen eine „bittere Enttäuschung“.

Hubert Schulte (CDU) erklärte, den GRÜNEN gehe es nicht darum, die Zukunft der Jugend zu sichern, sondern das duale Ausbildungssystem kaputtzumachen. Die Klage der Ausbildungsbetriebe über die mangelnde Schulausbildung der Auszubildenden müsse ernstgenommen werden. Es sei nicht deren Aufgabe, ausbildungsunfähige und ausbildungsunwillige Jugendliche ins Berufsleben zu führen.

Minister Wolfgang Clement (SPD) meinte, es könne nicht gelingen, einem System, das auf Kooperation angewiesen sei, eine staatliche Zwangsmaßnahme zu überstülpen. Zum anderen wundere er sich über den Glauben an Umlagen und ähnlichem. In der Bauwirtschaft, wo es eine Umlage gebe, bildeten nur 30 Prozent der Betriebe aus; solche Fakten sollten nicht ständig ignoriert werden.

Herbert Reul (CDU) erwähnte den Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung und Ausbildungsplatzangebot — der Minister müsse jetzt so viel laufen, weil eine schlechte Wirtschaftspolitik im Lande gemacht worden sei. Wenn am Ende die Zahlen nicht wie erwartet seien, dann freuten sich erst einmal die GRÜNEN, um dann anschließend mit den Linken in der SPD sich zu verbrüderern. Deswegen sei der Minister „zum Erfolg verdammt“.

Bodo Hombach (SPD) machte auf die „gewaltigen Erfolge der Kärnerarbeit“ von Clement und seinen Verbündeten aufmerksam: Während in allen anderen Bundesländern das Ausbildungsplatzangebot rückläufig sei, steige es in Nordrhein-Westfalen. Der Ausbildungskonsens stelle nicht nur eine adäquate Problemlösung dar, deren Erfolg sich in Zahlen messen lasse; er beinhalte auch Qualität, nämlich die Reform des dualen Systems, „den gegenseitigen ständigen Modernisierungsprozeß zwischen Staat und Schule im dualen System“.



Dissens um Ausbildungsplätze: v. l. Daniel Kreutz (GRÜNE), Bodo Hombach (SPD), Laurenz Meyer (CDU) und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD).

Fotos: Schälte

CDU fordert Kurskorrektur der Bildungspolitik

Clement: „Ich werde nicht lockerlassen“

In einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde debattierte der Landtag am 1. Oktober über die „Notwendigkeit einer Kurskorrektur in der Bildungspolitik – Wirtschaftsminister Clement kritisiert Bildungspolitik der SPD“.

Herbert Reul (CDU) begrüßte die Debatte und vermerkte ein Eingeständnis der Landesregierung, daß in der Bildungspolitik etwas falsch gelaufen sei. Es sei höchste Zeit, daß die NRW-Schulen nicht zur qualitätsfreien Zone verkämen. Er zitierte Minister Clement, die Kritik der Unternehmen sei schlicht schockierend, und warf diesem vor, die Defizite nicht früher bemerkt zu haben. Er



Kritik an Schulen, an Schülerinnen und Schülern sei nicht die richtige Antwort auf den Mangel an Ausbildungsplätzen, meinten die Rednerinnen und Redner der Regierungsfractionen in der von der Opposition beantragten Aktuellen Stunde zum Thema Kurskorrektur in der Bildungspolitik, v.l. Herbert Reul (CDU), Manfred Degen (SPD), Brigitte Schumann (GRÜNE), Schulministerin Gabriele Behler (SPD). Fotos: Schälte

habe der Abschaffung von Noten und weniger Klassenarbeiten mit zugestimmt. Fast nur noch peinlich seien sogenannte qualitätssichernde Maßnahmen der Schulministerin. Sie habe immer noch nicht kapiert. Wenn der Kronprinz schon Brandbriefe in die Öffentlichkeit lancieren müsse, werfe das ein Licht auf die Verhältnisse in der Landesregierung. Im SPD-Nachfolgekampf mit Intrigen und In-diskretionen spiele jetzt auch die Staatskanzlei mit.

Manfred Degen (SPD) warf der CDU vor, nur noch Informationshäppchen aufzunehmen. Clement habe in seinem 12seitigen Schreiben Eindrücke seiner Ausbildungsplatztour beschrieben und sich mit dem dualen System auseinandergesetzt. Grundlegende Probleme seien nicht vom Land allein zu lösen. Jeder zweite wechsle heute nach drei Jahren den Beruf, und 50 Prozent erlernten Berufe ohne Perspektiven. NRW habe Reformen auf den Weg gebracht wie flexible Berufsschulzeiten und Berufskolleggesetz.

Brigitte Schumann (GRÜNE) warf der CDU vor, vor den Einzelinteressen der Wirtschaft bildungspolitisch zu kapitulieren. Das laufe auf Ausgrenzen von Menschen, Rückkehr zur alten Hauptschule, stärkere Selektion hinaus. Leider habe sich der Wirtschaftsminister ungefragt und unqualifiziert in die Bildungspolitik eingemischt. Ihm seien Modellversuche zum neunstündigen Berufsschuljahr zu danken, die von allen Pädagogen einhellig abgelehnt würden. Der ganzheitliche Bildungsbegriff werde auf Zurückhaltung auf betriebliche Anforderungen reduziert. Gängelung in unselbständigen Lernprozessen und durch schulrechtliche Überregulierung solle durch eine neue Lernkultur überwunden werden.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) meinte, der Opposition werde es nicht gelingen, den Schulen und den Schülerinnen und Schülern die Schuld für die Misere am Arbeitsmarkt zuzuschreiben. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung habe versagt. Mit den Folgen müßten die Schulen fertig werden. Kritik der Kammern nehme sie ernst, aber diese wählten Partikularinteressen. Politik habe Bildung und Erziehung umfassend zu diskutieren. Ein neues Fach „Lesen“ oder mehr Naturwissenschaften, mehr Deutsch und Mathematik zu fordern, helfe nicht weiter. In Deutschland hätten 7,3 Prozent der Schulabgänger keinen Abschluß, in NRW nur 4,8 Prozent. Die Berufsschulen

hätten mit aktiver Lernortkooperation und hoher Flexibilität zu längerer Anwesenheit im Betrieb beigetragen. Berufliche Bildung müsse aber umfassender zu Flexibilität und Mobilität befähigen. Schulen müßten den sozialen Sinn der Jugend kultivieren, zu Empathie mit den Schwachen erziehen. Bildung sei eine teure Angelegenheit. Ein Viertel des Gesamthaushalts dafür sei gutangelegtes Geld.

Laurenz Meyer (CDU) stellte fest, die Rednerin der GRÜNEN sei weit weg von der Wirklichkeit in den Betrieben, und Rau sei bei tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Wirtschaftsminister und Schulministerin nicht anwesend. Da halte er sich heraus, lasse alles laufen. Im Amt bleiben, sei die wichtigste Parole. Daß die SPD über lange Jahre die Bildungspolitik linken Ideologen überlassen habe, sei das eigentliche Problem. Gestandene Handwerksmeister verzweifelten an Versäumnissen in der Ausbildung und erwarteten von Clement jetzt Hilfe. Es gehe nicht um Forderungen der Unternehmer, sondern um Voraussetzung für mehr Arbeit, um die Arbeitnehmer.

Irmgard Schmid (SPD) meinte, zwischen Wirtschaft und Politik der SPD sei klar, es gehe um das duale System, das sich veränderten globalen Bedingungen anpassen müsse. Marktgerechte Berufsbilder würden gebraucht – Wirtschaftsuniern schlugen Ausbildungsmodulare vor mit anerkanntem Grundbildungs-Abschluß. Das helfe ganz besonders Schulabgängern mit hohen praktischen Qualifikationen. Eine Gesellschaft, die keine Lehrstellen für alle Jugendlichen biete, sei nicht menschlich, zitierte sie ihre 14jährige Tochter.

Marie-Theres Ley (CDU) stellte fest, nach 20 Jahren Versuch werde in NRW jetzt ein Berufsschulwesen installiert, das im alten Trott weitermache. 30 Prozent unserer Abiturienten durchliefen die Sekundarstufe zweimal, im Gymnasium und im Berufskolleg.

Friedrich Schepsmeier (SPD) sagte, Clement habe völlig zu Recht auf Probleme hingewiesen. Die jungen Leute als dumm anzusehen, sei er leid. Sie hätten nicht mehr den (schlechten) Ausweg, als Jungarbeiter einzusteigen. Das Berufskolleggesetz sei über die Landesgrenze hinaus unumstritten. Da bringe die CDU kein Blatt zwischen die Minister.

Roland Appel (GRÜNE) wunderte sich über die Reden der Opposition und erinnerte sich an eine Schrift „Wirtschaftsriese, Bildungszwerg“ vor 30 Jahren. Die CDU ignoriere, daß Jugendliche in einem Klima der Angst und Perspektivlosigkeit aufwüchsen und Medien und Konsum ihnen wichtiger seien als Literatur.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) zitierte aus seinem Papier, die berufliche Ausbildung erodiere, das duale System müsse wieder in Ordnung gebracht werden. In NRW seien 108 000 junge Leute unter 25 arbeitslos, mehr als 13 Prozent. Das könne sich keine Gesellschaft leisten. Ohne Partnerschaft von öffentlichen Händen und Unternehmen funktioniere das duale System nicht. Zwischen Erneuerungen, die er fordere, und Bemühungen der Ministerin Behler gebe es keine Differenzen. Über Chancen für lernschwächere Jugendliche müsse geredet werden, die vom perfektionierten System außer acht gelassen würden. Zertifizierung nach zwei Jahren sei eine erste Antwort, kombiniert mit berufsvorbereitenden Lehrgängen. Viele der über hunderttausend Jugendlichen, die erst wieder an die Ausbildung herangeführt werden müßten, hätten ihre Eltern noch nicht in regelmäßiger Arbeit erlebt. Letztlich sei die Gesellschaft verpflichtet, sie zu einer Ausbildung zu veranlassen, notfalls mit Drängen und Drohen. Er werde nicht lockerlassen und wolle sein Versprechen einlösen, daß jeder einen Ausbildungsplatz bekomme, der einen wolle und ausfüllen könne.

Dr. Helmut Linssen (CDU), Fraktionsvorsitzender, begrüßte die Anwesenheit von Rau und stellte einen tiefgreifenden Dissens zwischen Clement und Behler fest, der auch in deren Briefen deutlich werde. Er äußerte Zorn über SPD-Redner, die von dem Dissens abzulenken versuchten, und über Rednerinnen, die die CDU ansprächen, aber Clement meinten. GRÜNE titulierte Clement als Minister der Arbeitgeber und hielten seine Tour für „Ausbildungsnonsens“. Clements Brief erwecke den Eindruck, jemand wolle endlich einmal den Augiasstall säubern, und dann kneife er. Er, Linssen, habe den Brief von Clement als Hilferuf an das Parlament und auch an die CDU verstanden.

Klaus Matthiesen (SPD), Fraktionsvorsitzender, widersprach dem und sah keinen Dissens zwischen zwei Ministern. Der Versuch eines Spaltpilzes sei kläglich gescheitert. Schule könne und Wirtschaft müsse nicht leisten, was andere versäumten. Im Ernst werde es ohne Mobilisierung des großen Dienstleistungsbereichs weder genug Beschäftigung noch genug Ausbildung geben. Das habe Konsequenzen für alle Bereiche. Darüber sei ohne Demagogie nachzudenken.

Enorme Chancen des Wachstums im Tourismusbereich

Bei der Aussprache über eine Dringliche Anfrage des GRÜNE-Abgeordneten Johannes Rimmel zu Konzentrationsprozessen im Tourismusgeschäft und der Rolle der WestLB ging Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) davon aus, daß die touristischen Beteiligungsunternehmen der WestLB gemäß ihrer strategischen Ausrichtung im Veranstalter, im Vertriebs- und im Hotelbereich investierten. Er persönlich habe allerdings Zweifel daran, daß man die Unternehmen unter der Regie der WestLB als ein einheitliches, großes Reiseunternehmen betrachten könne, zumal die Bank bis auf Thomas Cook an allen Unternehmen nur Minderheitsbeteiligungen halte.

Ungeachtet dessen sei es natürlich, daß das Vorhaben der Preussag, eine Mehrheit an dem Touristik- und Transportunternehmen Hapag Lloyd zu übernehmen, von den zuständigen Stellen wettbewerbsrechtlich geprüft werde. Diese in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht schwierigen Prüfungen hätten noch gar nicht begonnen. Das heiße: Aussagen zur wettbewerblichen Wirkung des Zusammenschlußvorhabens und zum Ausgang des Prüfungsverfahrens wären zum jetzigen Zeitpunkt nur Spekulation.

Generell stellte der Minister fest, daß die konzentrationsrechtlichen Entwicklungen in Deutschland zunehmend und auch in der Tourismusbranche unter internationalen, mindestens europäischen Gesichtspunkten gesehen werden müßten und unter diesen Gesichtspunkten auch die Frage einer marktbeherrschenden Stellung des Unternehmens gesehen werden müsse, was möglicherweise eine andere Sichtweise rechtfertige, als die im nationalen Rahmen stattfindende, die das Bundeskartellamt wahrzunehmen habe.

Seine persönliche Sicht sei, daß man in Deutschland auch in der kartellrechtlichen Beurteilung gelegentlich zu wenig wahrnehme, inwieweit man es schon mit einer

Angeblich verbilligte Flüge des Ministerpräsidenten und seiner Familie mit der WestLB-Tochter LTU, von denen ein Hamburger Nachrichtenmagazin zu berichten wußte, standen als Dringliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Lothar Hegemann am Beginn der Fragestunde des Landtags am 1. Oktober im Plenum auf der Tagesordnung. Hegemann wollte vom Ministerpräsidenten wissen: „Wann und in welchem Umfang sind derartige Vergünstigungen vom Ministerpräsidenten und/oder Familienangehörigen angenommen worden?“

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) stellte den Zusammenhang her: Er und seine Familie seien in die Berichterstattung über die gerichtliche Auseinandersetzung des ehemaligen Geschäftsführers der LTU mit der WestLB um Art und Höhe der Abfindung hereingezogen worden. Daraufhin habe er den jetzigen LTU-Geschäftsführer um Prüfung gebeten; die habe ergeben: „Weder von meinem Büro noch von mir selber wurden in der Vergangenheit an die LTU Rabattforderungen gestellt oder entsprechende Erwartungen geäußert. Die Rechnungen für die privaten Flüge von Mitgliedern meiner Familie – insgesamt drei in fünf Jahren – enthielten weder Hinweise auf Rabatte noch waren die Flugpreise innerhalb der

Rau: „Für Flüge keine Rabatte in Anspruch genommen“

allgemein bekannten Preisspanne auffällig niedrig.“

In dem Bericht des Nachrichtenmagazins, so Rau weiter, seien, was ihn und seine Frau betreffe, nur Vermutungen geäußert und Tatsachen weggelassen worden: „Ich bin darüber sehr betroffen, aber ich habe ein gutes Gewissen“.

Der Ministerpräsident fuhr fort: „Ich richte meine Reisen und Reiseziele übrigens nicht danach aus, ob ich mit Lufthansa oder LTU fliege, ob ich dort günstig hinkomme, sondern ich versuche darauf zu achten, daß das, was mir in vier Jahrzehnten an Korrektheit und Integrität zugewachsen ist, nicht durch Nebenbemerkungen in ein Zwielicht gerät. Ich möchte nämlich nicht die Gespräche auf dem Schulhof meiner Kinder mithören, die nach solchen Fragen wie dieser hier gestellt werden.“

Entstaatlichung von Wirtschaftsprozessen zu tun habe. Das sei im Bereich Tourismus der Fall. Deshalb finde er es sehr naheliegend, daß hier die europäische Wettbewerbskontrolle Platz greife.

Auf die Frage des GRÜNE-Abgeordneten Dr. Stefan Bajohr, ob der Minister die Einschätzung des Bundeskartellamtes teile, daß die Preussag bei der Übernahme von Hapag Lloyd „durch die auf allen drei Stufen der touristischen Wertschöpfung engagierte WestLB gelenkt wird?“, antwortete Clement „Nein“. Er räumte ein, daß er manche Bewertung des Bundeskartellamtes, insbesondere öffentlicher Natur, durchaus skeptisch sehe: öffentliche Bewertungen, die erfolgten, bevor eine eingehende Prüfung stattgefunden habe. Er glaubte, daß Begriffe wie

der „Tourismus-Riese“ und ähnliche vor dem Hintergrund der Beteiligungen sehr relativ gesehen werden müßten und daß damit manche journalistisch interessanten Bilder sehr differenziert würden, wenn man sich die Beteiligungen im einzelnen genau anschau. „Das gilt auch für diesen Bereich“, meinte Clement.

Ewald Groth (GRÜNE) fragte, ob nicht die Landesregierung ebenso wie das Bundeskartellamt befürchte, daß die Blockbildung im Tourismusgeschäft zu einer Abnahme des Wettbewerbs auf dem Reiseveranstaltermarkt, dem Markt für Ferienflugkapazitäten und dem Markt für die Reisevermittlung führen werde und eine marktbeherrschende Stellung der WestLB entstehen könnte? Der Wirtschaftsminister verneinte. Allerdings fügte er hinzu, selbstverständlich sei der Blick auf kleine und mittlere Unternehmen der Branche nicht unproblematisch. Man habe, wie in anderen Märkten auch im Tourismusmarkt eine zweigeteilte Situation: Die Situation der kleinen und mittleren Unternehmen, die man sehr stark unter nationalen Gesichtspunkten sehe, und den internationalen Wettbewerb, der in der Tourismusbranche stattfinde.

Wolfgang Clement bekräftigte: „Es gibt enorme Wachstumschancen im Tourismusbereich, das ist wahr. Leider nimmt unser Land Nordrhein-Westfalen daran noch nicht ausreichend teil. Aber der Wettbewerbsdruck in diesem Sektor ist gleichzeitig enorm hoch. Das macht das Problem aus, und das führt auch zu Kooperationsbemühungen, wie wir sie jetzt hier diskutieren.“ Auf eine Zusatzfrage der GRÜNE-Abgeordneten Hedwig Tarner, inwieweit die WestLB-Aktivitäten im Widerspruch zur Mittelstandsförderung stünden, sagte der Minister, ohne große Tourismusveranstalter hätte man vermutlich kleine und mittlere nicht. Dann wären nämlich die großen Tourismusveranstalter nur noch in Großbritannien oder in anderen Staaten.



Der Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Jamal Karsli (l.), ist Vater eines Sohnes mit dem Namen Sami geworden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt gratulierte und überreichte ein Kuscheltier für den kleinen Erdenbürger. Sami, arabisch für „hochrangig“ oder „noble“, hat noch zwei Schwestern, Fatima (11) und Sofia (2). Mutter Franca Turri-Karsli ist wohl auf.

Foto: Schälte

Präsidentin Scholle verwehrt sich gegen ungerechtfertigte Angriffe auf den LRH

CDU führt Mängel bei Mittelvergabe auf novelliertes Gesetz zurück

Die Differenzen zwischen SPD und CDU über die Behandlung von Vorwürfen in Zusammenhang mit dem Vollzug des Kindertagesstättengesetzes (KTG) in den Jahren 1993 und 1994 bestehen weiter. Auch in der Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle unter der Leitung von Wilhelm Riebinger (CDU) am 30. September gab es keine einhellige Meinung, wann sich der Ausschuß mit der Angelegenheit befassen soll. Die CDU will, daß sich der zuständige Ausschuß (und nicht nur der Jugendausschuß und der Frauenausschuß) sofort einschaltet, die SPD möchte erst den offiziellen Bericht des Landesrechnungshofs (LRH) abwarten, um auf dieser Grundlage im Haushaltskontrollausschuß zu diskutieren. Die GRÜNEN hätten es gerne gesehen, wenn der LRH seine Erkenntnisse „zeitnah“ in die Debatte eingespeist hätte.

Ende September war vorzeitig durch Indiskretion aus einem LRH-Bericht bekannt geworden, daß ganz erhebliche Summen aus dem Landeshaushalt (es war von einer Milliarde die Rede) ohne Kontrolle durch das zuständige Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) an die Jugendämter geflossen seien. Dadurch sei, so rechnete die CDU-Opposition aus, dem Land ein Schaden in zweistelliger Millionenhöhe entstanden. Die Union rügte diese unkontrollierte Vergabepaxis für Kindertagesstätten und schloß in die Kritik den LRH ein, weil er es versäumt habe, seine Unter-

suchungsergebnisse publik zu machen. Von der „Vertuschung eines Skandals“ war in diesem Zusammenhang die Rede.

In der Sitzung des Ausschusses verwehrt sich LRH-Präsidentin Ute Scholle erneut vehement gegen diesen Vorwurf und gegen die Angriffe auf Unabhängigkeit und Neutralität des LRH. Sie verwies darauf, daß der Vorgang keinesfalls als abgeschlossen zu betrachten sei, da sich das Große Kollegium des LRH mit der Angelegenheit noch nicht befaßt habe. Es liege nämlich nach dem LRH-Gesetz bei diesem Großen Kollegium zu entscheiden, ob der Vorgang an das Parlament weiterzugeben ist. Die Weitergabe an Dritte, auch an Parlamentarier, sei nach allgemeiner Ansicht so lange nicht statthaft, wie eine Angelegenheit nicht abgeschlossen sei.

In diesem Zusammenhang erklärte das für die Prüfung zuständige LRH-Mitglied, Leitender Ministerialrat Werp, der LRH habe dem MAGS gegenüber das Prüfungsverfahren für erledigt erklärt, was nicht bedeute, daß der Fall erledigt sei, sondern nur heiße, daß der Schriftverkehr mit den beteiligten Behörden seinen Abschluß gefunden habe. Er, Werp, habe vor, die Sache dem Großen Kollegium vorzulegen, damit dies einen Beschluß über eine etwaige Information des Parlaments fassen kann. Das werde voraussichtlich Mitte Oktober der Fall sein.

Für die CDU wollte Michael Breuer wissen, ob das MAGS inzwischen auf die bekanntgewordenen Mängel reagiert habe, welcher Schaden für das Land eingetreten sei und

ob gegen Verantwortliche dienstrechtliche oder strafrechtliche Schritte eingeleitet worden seien. Sein Fraktionskollege Helmut Diegel meinte unter Hinweis auf das gegen Ende der letzten Legislaturperiode auf Betreiben der SPD geänderte LRH-Gesetz (mit Einführung des Großen Kollegiums): „Jetzt haben wir den Salat.“ Es sei eingetreten, wovor die CDU seinerzeit gewarnt habe, und die Befürchtung habe sich bewahrheitet, daß die Änderung Auswirkungen auf die „politische Kultur“ in diesem Lande haben werde.

Walter Greverer (SPD) unterstrich, es sei nach dem Gesetz allein Sache des Großen Kollegiums, über die Vorlage von Berichten an den Landtag zu entscheiden. Wenn die Prüfung im August/September abgeschlossen worden sei und das Kollegium im Oktober seine Entscheidung fälle, dann entspreche das der gesetzlichen Regelung. Auch die CDU habe bei der LRH-Novellierung nichts Anderes gewollt. Das Gesetz binde alle, darum sei der Versuch, dem LRH Vorwürfe zu machen, entschieden zurückzuweisen. Der Haushaltskontrollausschuß werde sich mit der Angelegenheit befassen, wenn ihm der Bericht durch den LRH zugeleitet worden sei. Wenn die CDU die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses in die Debatte werfe und die LRH-Präsidentin in ihre Kritik einbeziehe, dann sei das typische „Oppositionspolitik, aber keine Sachpolitik“.

Unter Hinweis auf den üblichen Verlauf der Dinge (die Angelegenheit wäre in den LRH-Bericht für das Jahr 1998 aufgenommen worden) meinte Dr. Stefan Bajohr von den GRÜNEN, „es wäre schön gewesen, wenn der LRH gespürt hätte, daß die Angelegenheit bedeutend ist, und wenn er einen Hinweis gegeben hätte“. Die Sache sei ein zentrales Thema für den Haushaltskontrollausschuß, sie sollte hier behandelt werden. Im übrigen stelle sich für ihn die Überlegung, ob der Eindruck, daß durch Effizienzsteigerung bei der Anwendung des GTK-Gesetzes Geld einzusparen sei, auf die in Aussicht genommene Anhebung der Elternbeiträge Auswirkungen haben könnte.

MAGS-Staatssekretär Dr. Karl Pröbsting schilderte den Ausschußmitgliedern die von seinem Haus unternommenen Schritte, nachdem es im Verlauf des Prüfungsverfahrens Kenntnis vom Inhalt des LRH-Berichts erhalten habe. Dem Hauptvorwurf, man verfüge nicht über die richtige Struktur zur Überprüfung der Verwaltungsvorgänge zwischen MAGS, Bezirksregierungen und Jugendämtern, sei man neben Gesprächen mit dem Innen- und Finanzressort sowie mit der Bezirksebene durch ein neues Kasensabrechnungsverfahren entgegengetreten, das ab Januar kommenden Jahres in Kraft trete und nicht mehr zulasse, daß Jugendämter, wie geschehen, direkt in den Landeshaushalt „hineinbuchen“ könnten. Wenn es einzelne Überbuchungen gegeben habe (im Fall Leverkusen war von 600 000 Mark die Rede), dann bestehe dieser Vorwurf zwar zu Recht, er sei aber bei der quartalsmäßigen Abrechnung gegengebucht worden. Im übrigen sagte der Staatssekretär eine Stellungnahme des MAGS zu, in der das Ministerium im einzelnen darlegt, wie es auf den LRH-Bericht reagiert hat.

Vertreterinnen und Vertreter von Landesrechnungshof und Sozialministerium waren zur Sitzung des Haushaltskontrollausschusses unter Leitung von Wilhelm Riebinger (M.) geladen (v.r.): Dr. Karl Pröbsting, Staatssekretär im MAGS, Ausschußassistent Günter Baumann, Vorsitzender Wilhelm Riebinger, LRH-Präsidentin Ute Scholle und LRH-Vizepräsident Dr. Blasius. Foto: Schälte



Europa- und Eine-Welt-Politik im Haushalt 1998

Neues Projekt „Zivile Konfliktbearbeitung“

Staatssekretärin Heide Dörrhöfer-Tucholski, Bevollmächtigte des Landes NRW beim Bund, äußerte sich erfreut darüber, daß im Haushaltsentwurf 1998 des Ministeriums für Bundes- und Europa-Angelegenheiten (MBA) fast alle Europa-relevanten Titel unverändert geblieben und die Mittel für die im Herbst 1996 gestartete „Europa-Initiative“ auf 500 000 Mark verdoppelt worden seien. Denn im Hinblick auf die Währungsunion sei es besonders wichtig, die Bürger in die Diskussionen einzubeziehen. Beim MBA sind außerdem Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von knapp einer Million Mark veranschlagt, davon etwa ein Drittel für Euregio-Aktivitäten. Staatssekretär Rüdiger Frohn (Staatskanzlei) berichtete zunächst von einer Perspektivkonferenz in Bonn mit Vertretern von Bund, Ländern und Stadt über den Ausbau der früheren Bundeshauptstadt in ein Zentrum für internationale Zusammenarbeit: „eine gute Veranstaltung“.

Im Haushaltsentwurf 1998 hielt er für berücksichtigt, daß traditionelle Elemente und neue Instrumente zu „greifen“ begönnen: „ein klares Plus für Eine-Welt-Politik“. Das habe auch die Anhörung des Landtags „Fünf Jahre nach Rio“ gezeigt. Ebenso die Anhörung der CDU-Fraktion „Lokale Agenda 21“. Der Ansatz für Internationale Zusammenarbeit sei zwar um 25 Prozent gegenüber 1997 reduziert, dafür gebe es aber deutlichere Akzente bei der Inlandsarbeit. Der CDU-Sprecherin Ilka Keller versicherte er, mit den Zuschüssen für „Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren“ (2,5 Millionen Mark) werde keine Klientel bedient, sondern ein Netzwerk von Dritte-Welt-Gruppen aufgebaut. Es würden keine Ansprüche auf Einstellung in den Landesdienst erzeugt, sondern nur mit Zuschüssen zu Personal- und Sachkosten zum Engagement ermutigt. Die beiden Trägerorganisationen Landesarbeitsgemeinschaft Dritte Welt und Carl-Duisberg-Gesellschaft brauchten für die vielen Aktiven auch Rückenfreiheit und verlässliche Perspektiven. Die Förderung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit im GFG werde beibehalten mit 50 Pfennigen pro Einwohner. Typische Empfänger der 1996 erstmals mit neun Millionen Mark veranschlagten Ausgaben seien Kirchengemeinden, unabhängige Gruppen, Eine-Welt-Läden und Gruppen bei Wohlfahrtsverbänden. Gefördert worden seien Eine-Welt-Läden, Öffentlichkeitsarbeit und kulturelle Veranstaltungen, Städte- und Schulparterschaften, Soziale Projekte für Asylbewerber und Aussiedler. Verschiedene Verwendungszwecke müßten genauer untersucht werden.

Mehrausgaben gegenüber 1997 seien veranschlagt für den Nord-Süd-Beauftragten, der jetzt seine volle Arbeitskraft einsetze. Geringfügig gekürzt worden sei der Ansatz für Projekte im Ausland. Aus drei wichtigen Projekten: Verwaltungshilfe in Südafrika, „Low-cost-housing“ in Namibia und Südafrika, könne sich das Land zurückziehen, teilte der Staatssekretär mit.

Insgesamt sind im Haushaltsentwurf der Staatskanzlei für Internationale Zusammenarbeit im kommenden Jahr 15,7 und für Eine-Welt-Politik knapp 6 Millionen Mark veranschlagt. Die Mittel für Internationale

Arbeit im Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik standen in der von Vorsitzendem Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) geleiteten Sitzung am 29. September die Haushaltsberatungen für europa- und entwicklungspolitisch bedingte Ausgaben 1998 auf der Tagesordnung. Auf Antrag von Ute Koczy (GRÜNE) berichteten Vertreter der Landesregierung zu den Themen „Sozialverträgliche Herstellung von Textilien“ und „Zivile Konfliktbearbeitung“ sowie zur Agenda 21 im Rahmen der Weltausstellung Expo 2000 (siehe auch Seite 14).

Zusammenarbeit müßten um ein Viertel zurückgenommen werden. Die NRW-Beiträge zur Beratung und Stabilisierung der Transformationsbemühungen blieben jedoch eine kräftige Stimme. In Partnerregionen seien 1998 geplant: Kattowitz/Oppeln/Krakau (Polen) Unterricht in deutscher Sprache, Entwicklungskonzepte, Beratung Abfallwirtschaft, Energieeinsparung, Flächenrecycling, Raumplanung; Ähnliches in Ostrava/Nordböhmen/Nordmähren (Tschechien); Nishni-Nowgorod/Kostroma (Rußland) Ausbildungszentrum für metallverarbeitende Berufe, Selbstverwaltung des Handwerks; Regionen Brest/Minsk (Weißrußland) Wirtschaftsberatung, Kinderchirurgie; Baltikum: Aus- und Fortbildung bei der Veredelung landwirtschaftlicher Produkte,

größerer Einbruch drohe der Textilproduktion in den Empfängerländern. Ilka Keller (CDU) regte mehr kommunale Kontrolle bei der Zulassung von Sammlungen an. Gabriële Sikora (SPD) wies auf den Amsterdamer EU-Gipfel hin, seit dem Sozial- und Umweltstandards in die Verhandlungen über die Europäische Union einbezogen würden. Zum bereits abgeschlossenen viermonatigen Ausbildungsmodell „Zivile Konfliktbearbeitung“, nach dem ebenfalls Ute Koczy (GRÜNE) gefragt hatte, erläuterte Frohn, noch so gut gemeinte Friedensbemühungen in Ex-Jugoslawien seien umsonst, wenn die Ursachen der Konflikte nicht angegangen würden. Das von der Aktionsgemeinschaft „Dienst für den Frieden“ und einem Mindener Forum getragene Modell-



Die Bevollmächtigte des Landes NRW beim Bund, Staatssekretärin Heide Dörrhöfer-Tucholski (Bundesratsministerin) und Staatssekretär Rüdiger Frohn (Staatskanzlei) berichteten über die Ausgabenansätze für Europapolitik und internationale Zusammenarbeit im Haushaltsentwurf 1998, die vom Europa- und Eine-Welt-Ausschuß (Vorsitzender: Professor Dr. Horst Posdorf, CDU, r.) politisch begleitet werden. Fotos: Schälte

Zusammenarbeit mit der Agraruniversität Jelgava/Lettland, Unterstützung von Krankenhäusern, Kinderheimen; Kreise Arad, Caras-Severin, Timis (Rumänien) Landwirtschaftsprojekte, Wirtschaftsförderung, Infrastruktur; Bosnien Projekt „Frauen in Not“. Außerdem setze NRW die Zusammenarbeit mit Israel und den Autonomen Palästinensischen Gebieten fort.

Im weiteren Verlauf räumte Staatssekretär Frohn ein, zur Lösung des Problems „Sozialverträgliche Herstellung von Textilien“, wozu die GRÜNEN-Sprecherin Ute Koczy um einen Bericht gebeten hatte, habe die Staatskanzlei angesichts von großflächigem Export von Altkleidern nach Süden und Osten und schwunghaften Handel damit keine zufriedenstellende Antwort. Beim Verbraucherverhalten müsse angesetzt und das Problem sowohl als Wirtschaftsthema (weltweite Einhaltung von Mindeststandards bei der Produktion) als auch der Entwicklungszusammenarbeit im Auge behalten werden. Ute Koczy (GRÜNE) ergänzte, das Altkleidersammeln mache deutlich, daß die Probleme der „Einen Welt“ ganz nah seien. Je mehr Altkleider exportiert würden, desto

projekt sei bisher einzigartig. Auch im Ausland gebe es wenig Vergleichbares. Die Projektträger hätten die Teilnehmer ausgewählt, sie seien zwischen 25 und 53 Jahre alt, acht Frauen seien dabei. Nach einem elfwöchigen Sprachkurs in Serbokroatisch gehe es dann um Hilfestellung bei der Reintegration von Flüchtlingen, beim Wiederaufbau des Gemeinwesens und demokratischer Strukturen. Für das Projekt sei erstmals eine Million Mark im Haushalt 1998 eingestellt. Es werde von der Universität Wuppertal wissenschaftlich begleitet. Im Frühjahr 1998 seien Ergebnisse zu erwarten.

Der Bericht regte die Sprecherinnen Ilka Keller (CDU), Ute Koczy (GRÜNE) und Karim Jung (SPD) zu Gedanken an, „zivile Konfliktbearbeitung“ auch in anderen Feldern, zum Beispiel auf Schulhöfen, einzusetzen. Staatssekretär Frohn antwortete, auf Bundesebene würden ähnlich motivierte Vorhaben diskutiert, eine Stiftung „Bürger für Bürger“, ein Gesetz über das Ehrenamt. Siegfried Martsch (GRÜNE) hielt diese Mittel für den Friedensprozeß in Bosnien, ergänzend zum Einsatz von SFOR-Truppen, für gut eingesetzt.

Ärzte im Krankenhaus arbeiten „bis zum Umfallen“/Gefährdung der Patienten

„Daumenschrauben“ des Bundes als Grund für die unverträgliche Belastung angeführt

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seiner Sitzung am 24. September 1997 auf Wunsch des Petitionsausschusses zur Petition der „Koordinierungsgruppe Studierende, Ärztinnen und Ärzte zu Fragen des Gesundheitswesens, Regionalgruppe Düsseldorf e.V.“ (Petition 12/03977) eine Stellungnahme abgegeben.

Die Petenten haben im wesentlichen ausgeführt, daß die heute immer noch in den Krankenhäusern praktizierte Arbeitszeit eine erhebliche gesundheitliche Belastung für das ärztliche Personal und auch eine Gefährdung der Patienten in Folge von Übermüdungen darstelle. Gleichzeitig solle darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Arbeitszeitregelung auch eine Beschäfti-

gungswirkung haben könne. Nach Darstellung der Petenten leisteten Krankenhausärzte gewissermaßen „Dienst bis zum Umfallen“, gleichzeitig stünden zur Jahrtausendwende schätzungsweise bis zu 100 000 junge Ärzte „auf der Straße“. Sie mahnen die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes, insbesondere die seit 1996 geltende Regelung über die Ruhezeiten und deren Kontrolle an.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) berichtete dem Ausschuß, rund ein Drittel der Ärzte halte die ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 5,5 Stunden zwischen zwei Diensten nicht ein. Auch im Pflegebereich gebe es unverträgliche Belastungen hinsichtlich der Arbeitszeitgestaltung. Durch Bundesgesetz seien die Krankenhäuser einerseits zur Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes verpflichtet, andererseits werde ihnen vom Bund derart die „finanzielle Daumenschraube“ angezogen, daß ihnen die Umsetzung fast unmöglich

gemacht sei. Verstöße gegen geltendes Recht können nicht hingenommen werden. Es sei aber angemessen, vorübergehend Zugeständnisse zu machen, wenn die Krankenhäuser ernsthafte Anstrengungen unternähmen, Verstöße zu vermeiden. Bei dem erforderlichen Organisationsentwicklungsprozeß wolle das MAGS die Krankenhäuser unterstützen.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Vorsitzender Bodo Champignon, SPD) hat in seiner einstimmigen Stellungnahme festgestellt, die Umsetzung des neuen Arbeitszeitgesetzes weise in nordrhein-westfälischen Krankenhäusern beträchtliche Differenzen zur bestehenden Rechtslage auf. Der Ausschuß bitte daher die Arbeitsschutzverwaltung, die Umsetzung des Gesetzes zielstrebig und so rasch wie möglich voranzutreiben und durch geeignete Kontrollen dauerhaft sicherzustellen. Er begrüßt in diesem Zusammenhang, daß das MAGS über das Landesprogramm QUATRO einen Modellversuch zur Unterstützung der Umsetzung im Gesundheitswesen fördere und habe gleichzeitig um Bericht des Ministeriums gebeten, sobald die Ergebnisse des Beratungsprojektes vorliegen.

Der Ausschuß erwartet, daß bei der Umsetzung der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer/innen, familienfreundliche Arbeitszeitregelungen sowie Leistungsfähigkeit und Versorgungsqualität der Krankenhäuser beachtet werden. Von den Tarifvertragsparteien werde erwartet, daß sie die ihnen gebotenen Möglichkeiten für abweichende Vereinbarungen hinsichtlich Lage und Verteilung der Arbeitszeiten nutzen. Das MAGS wird dem Ausschuß erneut berichten.

Frank Schlichting



Zu einer Briefmarken-Sonderschau im Foyer des Landtags hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (L.) zahlreiche interessierte Gäste begrüßt. Zunächst widmete er sich dem Landtag als Ausstellungsort. „Unser Landtagsgebäude spiegelt mit seiner hellen Freundlichkeit das Grundverständnis unserer parlamentarischen Demokratie wider, offen und — im wahrsten Sinne des Wortes — durchschaubar zu sein. Es ist ein Haus für die Bürgerinnen und Bürger, das die Pluralität unseres Landes präsentiert und sich aufgeschlossen für neue Entwicklungen und Ideen zeigt“, sagte der Präsident. Er fuhr fort, von einem solchen Gebäude könne man zu Recht erwarten, daß es sich öffne — und das tue der Landtag. So sei es nicht verwunderlich, daß der Landtag mehr und mehr als Ausstellungsort gefragt sei. Fachausstellungen fänden dabei ebenso Raum wie Kunstausstellungen. Ulrich Schmidt erläuterte dann, in den kommenden Tagen sei das Foyer Mittelpunkt einer philatelistischen Sonderschau. Die Briefmarke: Für die einen sei sie schlicht ein „Postwertzeichen zur Erhebung postalischer Beförderungsgebühren“, die ärgerlicherweise regelmäßig angehoben würden. Für die anderen sei sie seit ihrer erstmaligen Herausgabe — 1840 in Großbritannien, in Deutschland in Bayern 1849 — ein begehrtes Sammelobjekt. Er selbst erinnere sich noch gut daran, wie er als Kind eine Zeit lang von jedem Brief sorgfältig über Wasserdampf die Marke abgelöst habe. Der Präsident berichtete, die Zahl aller Briefmarkensammlerinnen und -sammler in der Bundesrepublik werde auf zwei bis drei Millionen geschätzt. Auf den „Tag der Deutschen Einheit“ eingehend, meinte Schmidt, was habe näher gelegen, als die Ausstellung diesem besonderen Datum zu widmen. Unter insgesamt achtzehn Überschriften hätten Privatsammler aus ganz Deutschland den Weg von der Teilung bis zur Wiedervereinigung des Landes nachgezeichnet. Es sei eine außergewöhnliche Ausstellung entstanden, die nicht nur durch die Ereignisse der jüngsten Geschichte führe, sondern die auch ein Stück Postgeschichte dokumentiere. Nach dem Präsidenten erläuterte der Vorsitzende des Verbandes der Philatelisten in NRW, Weiß, die Ausstellung.

Foto: Schälte

Deutsche Sprachkenntnisse

An den Schulen in Nordrhein-Westfalen arbeiten keine ausländischen Lehrkräfte ohne deutsche Sprachkenntnisse. Das teilt Schulministerin Gabriele Behler (SPD) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Oliver Wittke und Heinrich Meyers mit. Die Unionspolitiker hatten Auskunft darüber verlangt, ob sichergestellt sei, daß alle Lehrkräfte des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts auch die deutsche Sprache beherrschten.

Altholzverwertung

Das Duisburger Institut für Umwelttechnologie und Umweltanalytik (IUTA) entwickelt eine Pilotanlage zur thermischen Verwertung von Alt- und Resthölzern. Die vom Land geförderte Pilotanlage soll neue Wege bei der effektiven Verbrennung von Altholz aufzeigen. Das Projekt ist für die Jahre 1997/98 vorgesehen. Auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Johannes Remmel (GRÜNE) antwortete die Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Bärbel Höhn (GRÜNE), daß bei der energetischen Verbrennung von Altholz ein höherer Wirkungsgrad erreicht werde als bei der jetzigen Verwertung in Müllverbrennungsanlagen (Drs. 12/1204).

Kinderausschuß

Forscher: „Eklatanter“ Zusammenhang zwischen Armut und Vernachlässigung von Kindern

In der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie am 25. September hat Dr. Erwin Jordan vom Institut für Soziale Arbeit unter dem Thema „Kinder in Not“ über die Untersuchungsergebnisse berichtet, die zum Thema „Vernachlässigung von Kindern“ in der Schrift „Kinder in Not“ aufgezeigt werden. Im Anschluß an sein Statement hatten die Abgeordneten Gelegenheit, Fragen zu stellen.

Dr. Jordan führte aus, dem Problem der Kindesvernachlässigung, das sich darin äußere, daß die für das Kind notwendigen Pflege-, Versorgungs-, Unterstützungs- und Förderleistungen nicht oder nur unzureichend erbracht werden, komme im Alltag der Jugendhilfe große Bedeutung zu. Obwohl die Zahl der Fälle höher liege, sei die Vernachlässigung von Kindern bislang nicht in gleicher Weise bearbeitet und damit der fachlichen Diskussion der Entwicklung zugänglich gemacht worden wie die Themenfelder „Körperliche oder sexuelle Gewalt gegen Kinder“. Die Vernachlässigung von Kindern werde in Einzelfällen erst dann ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt, wenn Todesfälle einträten. Die Bedeutung und die Brisanz dieses Themas sei im Verlauf des Projektes massiv deutlich geworden. Noch in dieser Zeit sei es in verschiedenen Städten zu Ereignissen gekommen, in denen lebensbedrohliche Zustände von Kindern infolge von Mangelernährung und Unterversorgung nicht rechtzeitig oder angemessen erkannt worden und Kinder an den Folgen dieser Vernachlässigung gestorben seien.

Verantwortlichkeit

Spätestens durch solche Ereignisse werde es Zeit zu fragen, wie solche Situationen zu vermeiden sind und wie sich (zumal lebensbedrohliche) Vernachlässigungssituationen erkennen lassen. Des weiteren spielten Fragen eine wichtige Rolle, welche Instrumente für die Arbeit mit solchen Familien zur Verfügung stünden, welche Sicherungen aus fachlicher Sicht zu schaffen seien, damit massive Vernachlässigungsfälle vermieden werden könnten und wie das Hilfesystem gerade bezogen auf kleine und kleinste Kinder auszugestaltet ist. Und schließlich: Wie weit reicht die Verantwortung der sozialpädagogischen Fachkräfte? Gerade die letzte Frage interessiere nicht nur fachlich, sondern etwa auch im Rahmen staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen und Anklagen gegen betreuende Sozialarbeiter/innen. Die Extremfälle rüttelten zwar auf, allerdings müssen eine Sensibilisierung für die alltägliche Vernachlässigung von Kindern stattfinden. Es sei letztlich das Risiko aller Kinder zu minimieren, in Vernachlässigungssituationen zu geraten.



Amerikanische Parlamentarier haben bei ihrem Deutschlandaufenthalt im Zuge der Partnerschaft der Parlamente auch Nordrhein-Westfalen besucht, wo sie Ende September im Landtag von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) begrüßt wurden. Themen der Gespräche an Rhein und Ruhr waren Wirtschaftspolitik, Bankenwesen, Verkehrstechnik (hier wurde das Wildenrathener Test-Center der Firma Siemens für schienengebundene Transportsysteme in Augenschein genommen) und die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Auf dem Programm der drei Tage in Nordrhein-Westfalen stand auch die Teilnahme an einer Plenarsitzung des Bundestags in Bonn. Unser Bild zeigt die amerikanischen Gäste und nordrhein-westfälischen Parlamentarier (v.l.): James W. Hubbard, Abgeordneter aus Maryland, die Delegationsleiterin Merle Grace Kearns, Senatorin aus Ohio, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, Lothar Hegemann (CDU), Dr. Hans Kraft (SPD) und Leo Dautzenberg (CDU), der als Vizepräsident der Partnerschaft der Parlamente die amerikanische Delegation durch das Land begleitete.

Foto: Schälte

Im Verlauf des Projektes sei man zu einer Definition des Begriffes „Vernachlässigung von Kindern“ gekommen. Danach ist Vernachlässigung: „... die andauernde oder wiederholte Unterlassung fürsorglichen Handelns sorgeverantwortlicher Personen, welches zur Sicherstellung der physischen und psychischen Versorgung des Kindes notwendig wäre. Diese Unterlassung kann aktiv oder passiv (unbewußt), aufgrund unzureichender Einsicht oder unzureichenden Wissens erfolgen. Die durch die Vernachlässigung bewirkte chronische Unterversorgung des Kindes durch die nachhaltige Nichtberücksichtigung, Mißachtung oder Versagung seiner Lebensbedürfnisse hemmt, beeinträchtigt oder schädigt seine körperliche, geistige und seelische Entwicklung und kann zu gravierenden bleibenden Schäden oder gar zum Tode des Kindes führen.“

Mangelsituationen seien bei kleineren Kindern um so gravierender, da diese keine Kompensationsmöglichkeiten hätten. Die nachfolgende Entwicklung und spätere Schwierigkeiten seien häufig definitiv auf frühe Deprivationen zurückzuführen. Die Vertreter aller Fraktionen im Ausschuß dankten Jordan für die Hinweise, die mit der Schrift „Kinder in Not“ und sein Statement erfolgt seien. Ute Koczy (GRÜNE) sah in der Art und Weise des Umgangs mit Kindern ein Indiz für ein weitverbreitetes „Elitenbogenverhalten“ in dieser Gesellschaft. Aus ihrer Sicht müßten gesellschaftliches Bewußtsein und Sensibilität für die Wahrnehmung der Rechte der Kinder entwickelt werden. Sie fordere konkrete familienstüt-

zende Maßnahmen in einem kooperierenden Modell, um in Problemlagen operieren zu können.

Schichtenfrage?

Bernd Flessenkemper (SPD) konstatierte, daß eine vernetzte Struktur und damit eine Möglichkeit zu einem Informationsaustausch fehle. Regina van Dinther (CDU) fragte nach, ob das Thema „Vernachlässigung“ ein Thema einer bestimmten Schicht sei und ob Armut als ein wesentlicher Grund anzusehen sei. Auf diese Frage führte Dr. Jordan aus, aus seiner Sicht sei ein eklatanter Zusammenhang zwischen Vernachlässigung und bestehender Armut zu sehen. In diesen Problemlagen werde die Vernachlässigung sichtbar. Ein Umkehrschluß, daß Kinder aus armen Verhältnissen vernachlässigt würden, sei aber unzulässig. Ablehnung, Frustration und Gewalt komme in allen sozialen Schichten vor. Eine Vernachlässigung aber im Sinne eines Fehlens elementarer Bedürfnisse sei häufig im Zusammenhang mit einer Armutsüberforderung zu erkennen. In anderen Schichten stellten sich die Probleme durchaus subtiler dar. Kritik übte Jordan an den sogenannten „Schubladenangeboten“ der einzelnen Behörden wie etwa der Sozial-, Jugendämter, Gesundheitsämter und der Krankenkassen. Bei der Zusammenarbeit dieser Institutionen/Behörden fehle in der Praxis häufig die wünschenswerte Koordination der einzelnen Maßnahmen.

Ostwestfalen-Lippe zur EXPO 2000 in Hannover

„Wir holen die Weltausstellung zu uns“

Der Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik informierte Staatssekretär Dr. Baedeker (Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport) am 29. September auf Antrag von Ute Koczy (GRÜNE) über den Stand der Vorbereitungen zur Weltausstellung „EXPO 2000“ und den Beitrag von NRW. Beim Generalthema der Weltausstellung in Hannover „Mensch – Natur – Technik“ ordne sich die Gesamtkonzeption der Leitlinie „Nachhaltige Entwicklung / Agenda 21“ unter. Unterthemen seien beispielsweise Gesundheit/Ernährung, Wohnen/Arbeiten oder Kommunikation/Information. Die vier Säulen der Ausstellung seien Nationenpavillons, weltweite Projekte, ein Themenpark und das Kultur- und Ereignisprogramm. Im Deutschen Pavillon präsentierten sich Bund, Länder und Wirtschaft gemeinsam.

Die Möglichkeit zur Darstellung frauenspezifischer Themen werde zur Zeit geprüft. Bezüglich der weltweiten Projekte lägen der EXPO 17 Bewerbungen aus NRW vor, die am 24. Oktober von der EXPO-Direktorin Birgit Breuel in Düsseldorf ihre Teilnahmeurkunden erhalten sollten. Für Nichtregierungsorganisationen bestehe die Möglichkeit, im Rahmen der einzelnen Länderbeiträge aufzutreten, erläuterte Dr. Baedeker. Die Region Ostwestfalen-Lippe plane, aufgrund der räumlichen Nähe zu Hannover, sich als „Gesundheitsregion“ und als moderne Energieregion darzustellen und ein Kulturprojekt „Renaissance 2000: Kultur – Gesundheit – Landschaft“ zu entwickeln. „Wir holen die Weltausstellung zu uns“, sei das von der Landesregierung unterstützte Ziel. Ruth Lehnen

Petitionsausschuß hilft Ratsuchenden in vielen Fällen

Sehbehinderte

Der Landesarbeitskreis der Eltern sehbehinderter Kinder hatte sich Anfang 1995 wegen unzureichender Versorgung sehbehinderter Kinder mit Fach-Sonderschullehrern und Unterrichtsmaterial an den Petitionsausschuß gewandt. Unter Leitung der Vorsitzenden Barbara Wischermann (CDU) fand ein Gespräch der Petenten mit einem Vertreter des Schulministeriums statt.

Nach Meinung des Verbandes fehlten insbesondere Lehrer mit der Fachrichtung Sehbehindertenpädagogik. Lehrer und Ärzte versäumten die Früherkennung. Zur Frühförderung seien Mobilitätstrainer wichtig. Die neuen Bedürfnisse integrierter Sehbehinderter würden im neuen Sonderschulentwicklungsgesetz nicht hinreichend berücksichtigt. Die Ausstattung mit Hilfsmitteln für Sehbehinderte sei unzureichend. Im Sinne einer beruflichen Integration müßten beratende und unterstützende Maßnahmen verbessert werden, um einen höheren Prozentsatz von Schulabgängern einzugliedern.

Nach eingehender Information und Beratung war der Petitionsausschuß der Meinung, die Versorgung der Sehbehindertenschulen mit Sonderschullehrern habe sich erheblich verbessert. Nach den Lehramtsanwärterprüfungen im Dezember 1997 werde sie sich auch im nächsten Jahr weiter verbessern. Von den Landschaftsverbänden würden Geräte für sehbehinderte Kinder ausgeliehen. Der Petitionsausschuß begrüßte „das bewundernswerte Engagement der Eltern sehbehinderter Kinder, die für den Unterricht notwendigen Hilfsmittel zu beschaffen und Augenärzte über die Möglichkeiten der Frühförderung in geeigneter Weise zu unterrichten.“

Um „den negativen Kompetenzstreit zwischen der Landesregierung und den Landschaftsverbänden als Schulträger hinsichtlich der Kostentragungspflicht für die „Personalausgaben für die nicht als Lehrer im Schuldienst tätigen Beamten“ durch eine parlamentarische Willensbildung beizulegen“, überwies der Petitionsausschuß die Eingabe an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung.

Gebrauchtwagen

Nach der Einschulung eines behinderten Jungen stellte sich heraus, daß dieser aufgrund seiner Krankheit (frühkindlicher Hirnschaden mit hyperkinetischem Syndrom und Entwicklungsverzögerung) nicht mit dem Schulbus zur Schule gebracht werden konnte. Das gleiche Problem ergebe sich bei Fahrten zum Arzt oder anderen Besuchen, sagte der alleinerziehende Vater. Er sei auf den Pkw angewiesen, da er in ländlicher Umgebung wohne. Nach der Anschaffung eines gebrauchten Autos stellte er beim zuständigen Landschaftsverband (LSV) einen Antrag auf Bezuschussung, der abgelehnt wurde. Für die Fahrten zur Schule sei der Schulträger zuständig und für Eingliederungshilfe und „allgemeine Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft“ komme der LSV nicht auf.

Nach Meinung der Rechtsanwälte des Vaters fehlt es einer übergeordneten Stelle, die die Interessen der einzelnen Stellen zusammenführt. Im übrigen überstiegen die Kosten der Taxifahrten zur Schule die Kosten eines Gebrauchtwagens im Laufe der Zeit. Auch der Petitionsausschuß unterstützte die Anschaffung des Pkw und verwies dabei vor allen Dingen auf die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft. Weil es dringend geboten sei, die Hilfen verschiedener Leistungsträger besser zu koordinieren, überwies er den Vorgang an den Sozial- und den Schulausschuß. Klaus Härtel

Gruppe von Lissabon

Demokratievertrag gegen Globalisierung

Vier globale Verträge empfiehlt die „Gruppe von Lissabon“ in „Grenzen des Wettbewerbs“, einer im Frühjahr von Bundesminister Professor Dr. Klaus Töpfer vorgestellten Studie von Wissenschaftlern mehrerer Disziplinen aus Westeuropa, Japan und Nordamerika, an der als einzige Deutsche die Vizepräsidentin des NRW-Landtags, die Biologin Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) mitgearbeitet hat (Landtag intern Nr. 8/1997). Nachstehend Fortsetzung des Berichts:

Die globalisierte Wirtschaft führe zur „Spreizung“ der Einkommen, zum Sieg der Starken und Schnellen über die Schwächeren und Langsameren und schalte auch das angestammte demokratische Korrektiv der Marktwirtschaft weitgehend aus, meint im Vorwort der Präsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie Professor Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker. Nach dem Niedergang des Sozialismus sei das Kapital fast unbeschränkt mobil geworden. Es brauche keine Angst vor der „Rache des Wählers“ zu haben, sondern wandere einfach aus. Für eine gerechtere Verteilung des Wohlstands, geringeren Naturverbrauch und nachhaltige Entwicklung müßten deshalb „Grenzen des Wettbewerbs“ aufgezeigt werden.

Durch die vier globalen Sozialverträge, die die „Gruppe von Lissabon“ empfiehlt, sollen Grundbedürfnisse von mehr als 3,7 Milliarden Menschen in den nächsten 20 bis 30 Jahren gesichert werden. Im ersten Vertrag geht es um die Wasser-, Wohnungs- und Energieversorgung. Für zwei Milliarden Menschen sollten zum Beispiel Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und Stiftungen gemeinsam einen Wasserversorgungsplan entwerfen und der Weltbank zur Finanzierung vorlegen.

Nach einem „Kulturvertrag“ sollen Medienkonzerne und Bildungsinstitutionen einen interkulturellen Dialog voranbringen und Toleranz durch Aufklärungskampagnen fördern. Mit dem „Demokratievertrag“ soll verhindert werden, daß die Welt „von einer Gruppe privater Netzwerke staatenloser Unternehmen regiert“ würde; aus einer internationalen Parlamentsvereinigung soll eine „globale Bürgerschaftsversammlung“ hervorgehen.

25 Jahre Planungszelle – Kongreß in Wuppertal

Unter dem Motto „Reflexive Demokratie“ findet am 9. und 10. Oktober eine internationale Konferenz anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der an der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und Planungsverfahren der Gesamthochschule Wuppertal entwickelten „Planungszelle“ statt, die von Universitätsrektor Professor Erich Hödl, Oberbürgermeister Dr. Hans Kremendahl und Professor Dr. Ernst-Ulrich von Weizsäcker (Wuppertal-Institut) eröffnet wird. Den ersten Vortrag hält Ministerpräsident Johannes Rau. Als Referenten nehmen

auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion des Landtags Klaus Matthiesen, die Vizepräsidentin des Landtags Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) und der Präsident der Landeszentralbank Professor Dr. Reimut Jochimsen teil. Beim Modell Planungszelle werden Frauen und Männer nach Zufall von der Meldebehörde ausgewählt, durch Experten informiert und für vier Tage Beteiligung an einer Problemlösung bezahlt. Ausstellungen im Foyer der Stadthalle begleiten die zweitägige Konferenz.

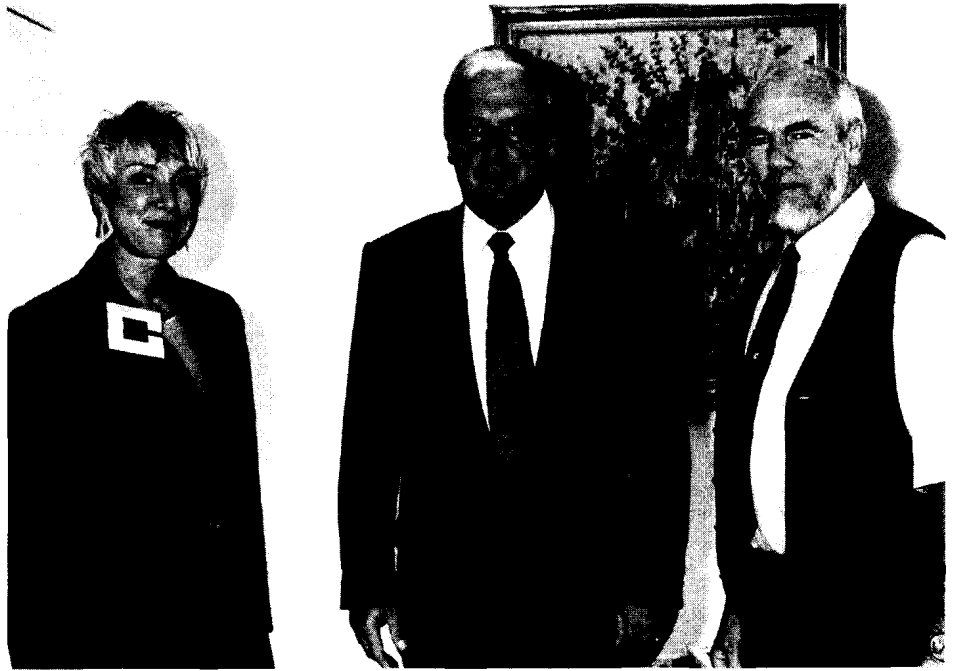
Finanzautonomie für Hochschulen bewährt

Der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung hat Ende September unter Leitung der Vorsitzenden Ingrid Fitzek (GRÜNE) seine Haushaltsberatungen zum Entwurf des Einzelplans 06 für 1998 aufgenommen. Die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Anke Brunn (SPD), stellte dabei die Eckdaten und wichtige Einzelpositionen des Entwurfs vor.

Die Ministerin äußerte sich in ihrem Einführungsbericht mit Blick auf die allgemeine Haushaltslage zufrieden, daß der mit einem Volumen von rund 8,529 Milliarden DM veranschlagte Einzelplanentwurf eine Steigerungsrate von 2,9 Prozent aufweise, während die des Gesamthaushalts 2,3 betrage. Mit dem 1992 zunächst in zwei Hochschulen gestarteten Modellversuch „Hochschule und Finanzautonomie“, der sich inzwischen bewährt habe, sei Nordrhein-Westfalen nach wie vor das einzige Bundesland, in dem alle Hochschulen die Finanzautonomie haben.

Auch bei der Umsetzung der leistungsbezogenen Mittelvergabe sei man im Vergleich zu den anderen Bundesländern führend. Wie auch in diesem Jahr seien im 98er Haushaltsentwurf 50 Prozent der für die Umverteilung in Betracht kommenden Mittel nach den mit den Hochschulen abgestimmten Kriterien umgeschichtet worden. Brunn wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es bei jeder Umverteilung Gewinner und Verlierer gebe, wobei sich insbesondere jedoch die Ergebnisse von Jahr zu Jahr änderten. Die für die Hochschulen besonders wichtigen Mittel der Titelgruppe 94 für Forschung und Lehre einschließlich Bibliotheken und Datenverarbeitung sind im Entwurf gegenüber 1997 noch einmal von 479,7 auf 484 Millionen erhöht worden.

Ein zentrales Thema für den Haushalt 1998 sind die 708 Stellen des Hochschulsonderprogramms I. Dabei hob die Ministerin hervor, daß die zum Ausgleich dieser Stellen im laufenden Haushaltsjahr ausgebrachten 708 kw-Vermerke, die spätestens zum 28. Februar 1998 wirksam geworden wären, im nächsten Jahr nicht realisiert werden müssen. Geplant sei, daß bei der Hälfte der Stellen der kw-Vermerk endgültig entfallen soll, wovon vor allem die Fachhochschulen profitierten. Von den noch verblei-



Die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Bärbel Wischermann (CDU, l.), und der stellvertretende Vorsitzende Horst Steinkühler (SPD, r.) haben den Ombudsmann für Menschenrechte der Republik Slowenien, Ivan Bizjak (M.), im Landtag empfangen. Bizjak, früherer Innenminister der slowenischen Republik, hielt sich auf Einladung der Präsidentin des Deutschen Bundestages in der Bundesrepublik auf. Der Ombudsmann für Menschenrechte wird in der Republik Slowenien auf Vorschlag des Staatspräsidenten mit Zweidrittelmehrheit vom Parlament gewählt. Er hat weitgehende Kompetenzen zum Schutz der individuellen Menschenrechte.

Foto: Schälte

benden weiteren 354 Stellen sollen 100 einen kw-Vermerk zum 28. Februar 1999 und 254 Stellen einen solchen kw-Vermerk zum 1. Januar 2001 erhalten.

Von besonderer Bedeutung sei dann auch das Hochschulsonderprogramm III, das das Hochschulsonderprogramm II abgelöst habe und mit einem Gesamtfinanzvolumen von 3,6 Milliarden DM vom 1. Januar 1996 bis zum 31. Dezember 2000 laufe. Zu dem auf Nordrhein-Westfalen entfallenden Gesamtanteil von 585 Millionen sei 1998 ein Ansatz von rund 144 Millionen vorgesehen. Das Programm diene vor allem zur Fortführung von 604 Planstellen und Stellen. Zu deren Ausgleich sei allerdings geplant, ähnlich wie beim Hochschulsonderprogramm I, kw-Vermerke spätestens wirksam zum 30. September 2000 auszubringen.

Neben den Sonderprogrammen sei ein zweiter finanzieller Schwerpunkt im Haushalt 1998 die Forschungsförderung. Trotz

der Einsparungsvorgaben für alle disponiblen Mittel sei für den Entwurf gelungen, die Mittel des Innovationsprogramms Forschung zu überrollen, es seien also wiederum 29,4 Millionen vorgesehen.

Ein besonders schwieriges Kapitel sei, so die Ministerin weiter, wie in allen Jahren die Situation im Hochschulbau, die auch jetzt wieder durch die unzureichende Mitfinanzierung des Bundes erheblich belastet sei. Die Diskrepanz zwischen anerkanntem Baubedarf und verfügbaren Mitteln führe dazu, daß im 27. Rahmenplan nach dem HBFG die Mittel für neue Vorhaben um rund 76 und die Mittel für Großgeräte um rund 52 Prozent gekürzt werden müßten. Dies bedeute für Nordrhein-Westfalen, daß für die empfohlenen Vorhaben mit einem Mittelbedarf von rund 255 nur 60,7 Millionen zur Verfügung stünden und statt der angemeldeten 166 für Großgeräte nur ein Volumen von 79,7 Millionen bereitstünde.



Eine Diskussion mit Mitgliedern des Ortsvereins Soest der Arbeiterwohlfahrt hat der Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Bodo Champignon (2. v. l.), im Landtag geführt. Die AWO-Gruppe war auf Einladung der ehemaligen SPD-Abgeordneten Brigitta Heemann (l.) nach Düsseldorf gereist (Bild links). – Im rechten Bild empfängt Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) den Lions-Club aus Herbede im nordrhein-westfälischen Landesparlament. Fotos: Schälte

Raus Etat entspricht der Fläche Gevelsbergs

Der Hauptausschuß unter Leitung seines Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD) ist in die Beratungen des Haushalts 1998 eingestiegen und hat die Einführungsberichte für die ihn tangierenden Bereiche entgegengenommen. Zum Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei erklärte Staatssekretär Rüdiger Frohn, setze man das finanzielle Volumen für den Entwurf des gesamten Landeshaushalts 1998 mit der Fläche des Landes gleich, dann entspräche der Etatentwurf für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten etwas mehr als der Fläche seiner, Frohns, Heimatstadt, nämlich Gevelsberg, einer der kleinsten Städte des Landes. Der Entwurf des Einzelplans 02 umfasse 0,125 Prozent des Gesamtvolumens des Haushalts. Die Ausgaben hätten sich bereits im sechsten Jahr in Folge auf nunmehr 114,2 Millionen Mark, 1998 gegenüber 1997 um weitere 900 000 Mark vermindert. Seit 1992 sei das Ausgabenvolumen dieses Einzelplans damit um 38 Prozent zurückgeführt worden. Zum Kapitel „Landeszentrale für politische Bildung“ des Einzelplans 05 des Ministeriums für Schule und Weiterbildung legte der Leiter der Landeszentrale, Dr. Günter Wichert, dar, die Ministerin habe bei Erteilung des Auftrags zu dem Evaluationsbericht im Jahre 1996 die Garantie gegeben, daß die Ansätze, aus denen die politische Bildung im Rahmen der Weiterbildung gefördert werde, auch bei Haushaltsknappheit nicht verändert würden. Zum Kapitel „Medien“ des Einzelplans 08 des Wirtschaftsministeriums erklärte Dr. Hans Gerd Prodoehl u. a., ein neuer Titel mit 300 000 Mark werde für Medienveranstaltungen ausgebracht. Man halte es für erforderlich, solche Veranstaltungen durchzuführen, mit denen man gezielt Unternehmen verschiedener Branchen zusammen bringen wolle. Zum Einzelplan 09 des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten sagte dessen Sprecher Lehmann, für den Bau einer Landesvertretung in Berlin sei eine Aufstockung auf 550 000 Mark erfolgt. Es sei davon auszugehen, daß man spätestens im Jahre 2001 in Berlin aus einer Landesvertretung heraus die Bundesangelegenheiten zu erledigen habe. Zum Einzelplan 01 des Landtags berichtete Landtagsdirektor Prof. Heinrich A. Große-Sender, die Gesamtausgaben beliefen sich auf 145 Millionen Mark. Das entspreche in etwa 0,16 Prozent des gesamten Haushaltsvolumens. Dabei habe man eine Verminderung der Ausgaben um 0,6 Prozent zu verzeichnen.

Die Präsidentenkonferenz wünscht Pilotprojekte und Modellversuche zu wirtschaftlicher Budgetierung

Zum 79. Mal trafen sich die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, um in einer gemeinsamen Konferenz zu beraten und zu beschließen. In der Konferenz am 2. Juni 1997 ging es unter anderem um das „Budgetrecht des Parlaments und die Modernisierung der Verwaltung“ bzw. „Verordnungsvertretende Gesetze gemäß Artikel 80 Abs. 4 GG“. Es könne seines Erachtens nur ein gemeinsames Anliegen der Parlamente, der Exekutive und der Rechnungshöfe sein, ein verändertes oder neues System der politischen Steuerung und Kontrolle zu entwickeln, um auf der einen Seite den Herausforderungen der Zukunft und auf der anderen Seite dem Budgetrecht der Parlamente Rechnung tragen zu können, stellt Landtagspräsident Ulrich Schmidt dazu fest.

Die Präsidentenkonferenz hält es vor dem Hintergrund der erheblichen Haushaltsdefizite im Bund und in den Ländern für dringend geboten, öffentliche Mittel wirtschaftlicher und effektiver einzusetzen. Dem verfassungsrechtlichen Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit solle damit mehr als bisher Rechnung getragen werden. Die Präsidenten erwähnen in ihrem Konzept die Stichworte Flexibilisierung und Globalisierung. Hierbei sollen Ausgaben deckungsfähig und übertragbar sein und Haushaltstitel reduziert und zusammengefaßt werden. In einer Reihe von Pilotprojekten und Modellversuchen zur Budgetierung soll festgestellt werden, ob diese Modelle zu einer wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung beitragen können.

Private Vorfinanzierung

Es müsse jedoch gewährleistet sein, so die Konferenz, daß die Parlamente das Finanzgebaren der Exekutive noch wirksam steuern und kontrollieren könnten. Außerdem müsse die Mittelbewirtschaftung transparent bleiben. Das verlangen der Grundsatz der sachlichen und zeitlichen Spezialität und der Grundsatz der Haushaltsklarheit. Die Präsidentenkonferenz hält es daher für erforderlich, schon bei den Modellvorhaben zu prüfen, auf welche Weise die Steuerungs- und Kontrollrechte gesichert werden können.

Bei der Durchführung der Pilotprojekte müsse allerdings die Grenze des Haushalt-

grundsatzgesetzes beachtet werden. Geprüft werden solle auch eine outputorientierte Steuerung, mit der eine auf Produkte bezogene Budgetierung eingeführt werden könne. Dies würde das Budgetrecht des Parlaments stärker als bisher zur Geltung bringen, so die Präsidentenkonferenz.

Auf der Konferenz wurde über die private Vorfinanzierung öffentlicher Investitionen diskutiert. Das Prinzip der Wirtschaftlichkeit verlange, jedes einzelne Investitionsvorhaben auf seine Wirtschaftlichkeit zu überprüfen. Es wurde deutlich gemacht, daß eine private Vorfinanzierung künftige Haushalte ebenso belaste wie eine Verschuldung im Rahmen der herkömmlichen Haushaltsfinanzierung. Die Präsidentenkonferenz empfiehlt, im Haushaltsgesetz eine allgemeine Ermächtigung zur Durchführung öffentlicher Investitionen im Wege privater Vorfinanzierung vorzusehen. Die Kosten dieser Finanzierung gehören zur Gruppe der sächlichen Verwaltungskosten und dürfen daher nicht als Haushaltsentlastung mißverstanden werden.

Die Präsidentinnen und Präsidenten beschäftigen sich außerdem mit verordnungsvertretenden Gesetzen, die angebracht seien, wenn relativ bedeutsame politische Fragen zu regeln seien. Die Landesregierung müsse den Landtag über Ermächtigungen und deren Inhalt informieren. Gesetzliche Regelungen empfiehlt die Präsidentenkonferenz z. B. bei der Verlängerung der Kündigungsfristen wegen Eigenbedarfs oder der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten.

Zur Regelung eines innerstaatlichen Verfahrens zur Einhaltung der Konvergenzkriterien meinte die Präsidentenkonferenz, die Festlegung von Defizitobergrenzen bedürfe einer einvernehmlichen Lösung zwischen dem Bund und den Ländern. Hier wird nämlich das parlamentarische Budgetrecht berührt. Außerdem erscheine eine bundesgesetzliche Festlegung für die Länder verfassungspolitisch und verfassungsrechtlich bedenklich. Die Länder seien sich der Verpflichtung in Angelegenheiten der Europäischen Union bewußt. Die Präsidentinnen und Präsidenten sind überzeugt, eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Sofern durch ein Abkommen Gesetzgebungskompetenzen der Länder berührt würden, so seien auch bei völkerrechtlichen Verträgen des Bundes die Landesparlamente zu beteiligen.



Der Hauptausschuß eröffnete die Haushaltsberatungen: im linken Bild SPD-Sprecher Reinhard Grätz und seine Fraktionskollegin Karin Jung, im mittleren Bild die stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Ruth Hieronymi und Lothar Hegemann sowie im rechten Bild GRÜNE-Fraktionssprecherin Gisela Nacken (r.) im Gespräch mit dem Fraktionsmitglied Christiane Bainski.
Foto: Schälte

Ministerin Ridder-Melchers beantwortet GRÜNE-Anfrage zum Frauenhandel

Sie kommen zu 90 Prozent aus Osteuropa, werden oft mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelotst und dann zwangsweise zu Tätigkeiten gebracht, die sie in dieser Form nicht wollen, insbesondere zur Prostitution. Die Rede ist vom Frauenhandel.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellte ihre Große Anfrage 6 nach der Situation des Frauenhandels in NRW und welche Maßnahmen die Landesregierung in Betracht ziehe. Die Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Ilse Ridder-Melchers (SPD), hat sie beantwortet. (Drs. 2007 und 2346)

Bereits seit Ende der 80er Jahre habe die Landesregierung zahlreiche Maßnahmen beschlossen und umgesetzt, um die Situation der betroffenen Frauen und Mädchen zu verbessern und die Bekämpfung des Menschenhandels zu effektivieren, stellt die Ministerin fest. Nordrhein-Westfalen sei das erste Land gewesen, das die Bekämpfung des Menschenhandels zu einem Schwerpunkt seiner Frauenpolitik gemacht habe. Dazu zählt vor allem der Runderlaß des Innenministeriums von 1994, wonach betroffene Frauen nicht in Abschiebehaf genommen werden dürfen. Es wird eine Frist von mindestens vier Wochen gesetzt. Heiratsvermittler werden stärker kontrolliert, und Beratungsstellen für Opfer wurden eingerichtet. Der Straftatbestand „Menschenhandel“ unterliegt schärferen Strafandrohungen. Auch wurde das Delikt weiter gefaßt. Schließlich kam es zu einer Änderung des Ausländergesetzes, das vor allem ausländischen Frauen mehr Möglichkeiten bietet. 1995 hat die Landesregierung einen runden Tisch eingerichtet, der sich mit der Situation des Frauenhandels sowie mit den Maßnahmen für die Opfer und Täter befaßt. In einer Vorbemerkung wird Frauenhandel definiert: „Frauenhandel ist ein Vorgang, bei dem auswandernde Frauen durch Zwang, Betrug, Gewalt, körperlichen Mißbrauch,

Ahnungslose Opfer werden mit falschen Versprechen angeworben

Schuldnechtschaft und Mißbrauch der Autorität zu Tätigkeiten gebracht werden, die sie in dieser Form nicht wollen.“ Die sexuelle Ausbeutung steht an erster Stelle.

Den GRÜNEN wurde unter anderem wie folgt geantwortet: 1996 wurden 401 Opfer des Menschenhandels dem Landeskriminalamt gemeldet. Mehr als die Hälfte der Opfer ist zwischen 18 und 25 Jahren alt, 91,1 Prozent kommen aus Osteuropa, 6,1 Prozent aus Afrika. Die Mehrzahl der Frauen kommt mit dem Auto und reist freiwillig nach Deutschland ein, oftmals infolge falscher Versprechungen.

Deutsche Firmen, die Hospitationen im Ausland anbieten, Künstlervermittlungsagenturen, Pornofilmproduktionen, sogenannte Kulturvereine und Lokale waren in den letzten Jahren Gegenstand von Ermittlungen wegen des Verdachts des Menschenhandels. Vermittlungsagenturen unterliegen mittlerweile bestimmten Verordnungen und gesetzlichen Vorschriften.

Die ahnungslosen Frauen werden oftmals mit Versprechen von Arbeitsstellen, Asylbeschaffung, Heiratsversprechen, Einladungen zu Freizeit- oder Privataufenthalten oder Vorspiegeln der Gelegenheit zur legalen Prostitutionsausübung angeworben.

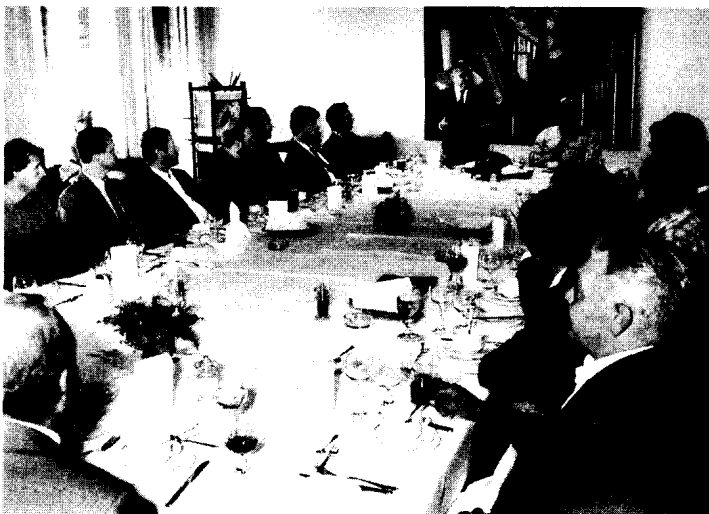
Vom Frauenhandel betroffene Frauen sind in der Regel illegal in Deutschland. Bei Bekanntwerden trifft das Ausländeramt Maßnahmen zur Rückführung. Die sozialen Lebensbedingungen sind geprägt durch Angst und Isolation. Sie leben getrennt von ihrem heimatlichen sozialen Umfeld, haben häufig keine deutschen Sprachkenntnisse und fürchten Repressalien der Menschenhändler gegen sich oder ihre Angehörigen. Die gesundheitlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen sind meistens nur ungenügend, und wirtschaftlich werden die Frauen ausgebeutet.

Die Landesregierung sieht in den bereits existierenden Beratungsstellen für die Opfer und in der ständigen Verbesserung des Ermittlungsinstrumentariums die Möglichkeit, die Lebensbedingungen der Frauen und Mädchen zu verbessern. NRW hat als einziges Land in der Bundesrepublik ein Netz von auf die Thematik des Menschenhandels spezialisierten Beratungsstellen. Diese bieten psychosoziale und psychologische Beratung und Therapie, Krisenintervention, Begleitung während einer aufenthaltsrechtlichen Duldung und Abschiebehaf sowie während des Strafverfahrens. Die medizinische Versorgung wird von vielen Gesundheitsämtern auch schon anonym durchgeführt. Bei der Unterbringung wird vor allem auf den Schutz für das Opfer geachtet: u.a. Frauenhäuser, Unterbringungsmöglichkeiten bei den Wohlfahrtsverbänden, Zufluchtwohnungen anderer Projekte.

Die Landesregierung hält die Anerkennung von Prostitution als Beruf für kein wirksames Mittel, das Phänomen des Menschenhandels nachhaltig zu bekämpfen. Die Legalität verhindert keineswegs die Ausbeutung, hieß es.

Die 7. Gleichstellungs- und Frauenministerinnen/-senatorinnen-Konferenz hat bereits die Bundesregierung aufgefordert, die bestehenden Programme zur Rückreisefinanzierung so zu erweitern, daß auch von Menschenhandel Betroffene dieses Angebot nutzen können und Programme zu entwickeln, die auf eine Wiedereingliederung der Rückkehrerinnen aus Osteuropa abzielt.

Aus der Strafverfolgungsstatistik des Landes wurden in den Jahren 1994 bis 1996 insgesamt 263 Ermittlungsverfahren durchgeführt. Dabei kam es zu 96 Verurteilungen.



Eine Delegation von ungarischen Gewerkschaftsvertretern (Bild links) empfing Landtagspräsident Ulrich Schmidt (Mitte hinten) im Landtag. Der Besuch fand auf Vermittlung der SPD-Abgeordneten Loke Mernizka (hinten) und Hans-Dieter Moritz statt. Die Gewerkschafter aus Ungarn hatten an einer Tagung in der evangelischen Sozialakademie Stift Keppel in Hilchenbach teilgenommen. — Eine Delegation aus dem Senegal mit dem Bürgermeister der Stadt Thiès, Mustapha Ndiaye, an der Spitze (Bild rechts) ist im Landtag von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (2. v. l.) empfangen worden. Mit dabei waren auch der Präsident des Regionalrates, Bonname Sall sowie der Vorsitzende des Partnerschaftskomitees, Mokthar Mbengue. Der Besuch im Landtag ging auf die Initiative der SPD-Landtagsabgeordneten Erika Rothstein (M.) zurück. Links im Bild der Direktor beim Landtag, Professor Heinrich A. Große-Sender.

Fotos: Schälte

SPD-Fraktion

Grundsätze zur Sicherung des Kindergartenangebotes

In Übereinstimmung mit den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege und den Kommunalen Spitzenverbänden sowie dem Sozialminister und dem Finanzminister hat die SPD-Landtagsfraktion zehn „Grundsätze einer Verständigung über die zukünftige Förderpraxis bei Tageseinrichtungen für Kinder“ beschlossen:

1. Die gegenwärtige Förderpraxis bei Tageseinrichtungen für Kinder hat zu einer unvermeidbaren Belastung für den Haushalt des Landes und der Kommunen geführt. Die jährliche Steigerung bei den Zuschüssen des Landes und der Kommunen darf sich angesichts mittelfristig rückläufiger Kinderzahlen nicht fortsetzen.
2. In dieser Situation muß der Personalbestand in den Tageseinrichtungen auf das pädagogisch Notwendige ausgerichtet werden. Die bis Anfang der 90er Jahre gültigen Regelungen für den Personaleinsatz, die für die kommunalen Einrichtungen auch heute noch Gültigkeit haben, sind in Zukunft die Grundlage für die Förderung des Landes und die Förderung der Jugendämter. Das bedeutet, daß für jede Gruppe 1,5 Stellen vom Land und vom Jugendamt bezuschußt werden.
3. Wenn im Regelkindergarten die Gruppengröße 23 Kinder unterschreitet, wird ein Abschlag bei der Personalkostenförderung vorgenommen. Bei mehr als 27 Kindern in einer Gruppe ist ein Zuschlag zu gewähren. Die Richtgröße für Kindergartengruppen bleibt davon unberührt.
4. Wenn die Personalkosten entsprechend den in den Punkten 1 bis 3 genannten Vorschlägen reduziert werden, kann auf die Pro-Kopf-Förderung verzichtet werden.
5. Da die Kostenreduzierung dazu führt, daß das aktuelle Elternbeitragsaufkommen 15 Prozent der Betriebskosten erreicht, und diese 15 Prozent auch erreichen muß, kann das Land zur Zeit von einer Erhöhung der Elternbeiträge Abstand nehmen.
6. Für „arme Träger“ und Elterninitiativen bleibt es bei einem Trägeranteil an den Personalkosten von 10 Prozent bzw. 5 Prozent. Das Land und die Kommunen übernehmen zu gleichen Teilen die zusätzlichen Anteile.
7. Die Sachkostenerstattung wird von den Personalkosten entkoppelt. Das Land und das Jugendamt bezuschussen die Einrichtung mit einer Pauschale für jeden vorgehaltenen Platz.
8. Unter diesen Voraussetzungen können Land und Jugendämter ihren Finanzierungsanteil prozentual erhöhen, ohne daß es zu Mehrausgaben kommt. Unter den gleichen Voraussetzungen können die Träger ihre Finanzierungsanteile prozentual reduzieren. Für besondere Problemlagen (z. B. hohe Ausländeranteile, soziale Brennpunkte) werden Sonderregelungen geschaffen, die dem erhöhten Personalaufwand Rechnung tragen. Das gleiche gilt für integrative Einrichtungen.
9. Bis 2001 haben die Träger, die Vertragspartner der Personalvereinbarung von 1992 sind und die dort vorgeschriebenen Regelungen einhalten, die Möglichkeit, die Personalkosten auf der bisherigen Rechtsgrundlage abzurechnen.
10. Die Beteiligten sind sich darüber einig, daß der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in Nordrhein-Westfalen im Grundsatz erfüllt ist. Daraus und aus der Tatsache mittelfristig rückläufiger Kinderzahlen sind Konsequenzen für den Landeshaushalt 1998 hinsichtlich der Notwendigkeit der Errichtung neuer Kindergärten zu ziehen.

CDU-Fraktion

Im Interesse der Verbraucher Fleischkontrollen verstärken

Im Zusammenhang mit den von einer EU-Kommission festgestellten Mängeln im nordrhein-westfälischen Fleischkontrollsystem hat der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Eckhard Uhlenberg, der NRW-Ministerin Bärbel Höhn „ein unverantwortliches Schwarzer-Peter-Spiel“ vorgeworfen. „Nachdem die Ministerin endlich zu der Erkenntnis gekommen ist, daß es mehr Kontrollen im Interesse der Verbraucher geben muß, darf sie jetzt nicht von der Tatsache ablenken, daß das Landwirtschaftsministerium selbst über Mittel und Personal verfügt, um wirksamere Überprüfungen in die Wege zu leiten“, erklärte Uhlenberg. Der CDU-Politiker erinnerte daran, „daß es im Landwirtschaftsministerium eine Unterabteilung ‚Lebensmittelüberwachung und Veterinärwesen‘ gibt, auf deren Personalstärke und Arbeitsweise die Ministerin direkten Einfluß nehmen kann“. Uhlenberg wörtlich: „Wenn Frau Höhn wirklich an effektivem Verbraucherschutz gelegen ist, dann soll sie erst einmal in ihrem eigenen Haus dafür sorgen, daß veterinärärztliche Kontrollen in unserem Lande gründlicher als bisher durchgeführt werden.“

Kindergartengesetz: Widerstand läßt SPD einlenken

Der massive Widerstand der CDU, der Eltern, Trägerverbände und Kirchen in Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung und die SPD nach Ansicht des familienpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion, Antonius Rösenberg, zum Einlenken beim Kindergartengesetz gezwungen: „Die Forderungen der CDU-Landtagsfraktion, nämlich keine Erhöhung der Elternbeiträge, Aufrechterhaltung der Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder und Verzicht auf die generelle Umstellung der Betriebskostenfinanzierung, sollen jetzt Berücksichtigung finden. Auch schwenkt die SPD auf die Position der CDU ein, die anstehenden Probleme und Aufgaben im Rahmen der jetzt bestehenden Gesetze zu lösen und nicht zu neuen Gesetzen zu greifen, die wiederum im Lande Verunsicherung bewirken.“ Antonius Rösenberg weiter: „Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt die grundsätzliche Kursänderung. Die beschlossenen Grundsätze der SPD für eine Verständigung über die zukünftige Förderpraxis bei Tageseinrichtungen für Kinder stellen eine wichtige Grundlage für die weiteren Verhandlungen dar, um mit allen Verantwortlichen zu einer konsensfähigen Lösung zu kommen. Wir erwarten in einem angemessenen Zeitraum die Einbringung eines Gesetzentwurfes, der das Ziel einer vertretbaren Kostenbegrenzung ebenso wie die Sicherung der Qualität der Arbeit in den Einrichtungen zum Wohl der Kinder berücksichtigt.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion

Kein Standardabbau in den Kindergärten

Die grüne Fraktion faßte folgenden Beschluß

1. Die Fraktion begrüßt, daß auf zusätzliche Belastungen von Familien durch Beitragserhöhungen verzichtet wird und damit die Forderungen von Partei und Fraktion umgesetzt werden konnten.
 2. Die Fraktion setzt sich für eine Überprüfung und Änderung des bestehenden Systems der Betriebskostenfinanzierung unter den Aspekten von Transparenz, Finanzierungsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit ein, die nicht zu Lasten von Öffnungszeiten, Qualität und Vielfalt des Angebots gehen darf. Dazu gehört u. a. die Entkoppelung der Sachkosten von den Personalkosten mit dem Ziel, über eine Pauschalierung von Sachkosten Einsparungen, aber auch mehr Flexibilität zu erreichen. Nicht zuletzt die vom Landesrechnungshof formulierten Mängel zeigen einen strukturellen Neuordnungsbedarf bei der Berechnung und Vergabe der Zuschüsse, die in einem geordneten Beratungsverfahren behoben werden müssen.
 3. Das Land darf sich nicht aus seiner Finanzierungsverantwortung zur Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots an Kinderbetreuungseinrichtungen ziehen. Die Vereinbarungen mit den freien Trägern über die Personalausstattung dürfen nicht auslaufen, ehe neue Vereinbarungen getroffen werden. Eine neue Vereinbarung auf der Grundlage eines personellen Mindeststandards, wie die SPD sie vorschlägt, kommt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nur in Betracht, wenn die Mittel, die durch eine Vereinheitlichung der Personalausstattung über der Abdeckung des Defizits hinaus frei werden, weiter für Betreuungseinrichtungen für Kinder zur Verfügung stehen.
- Für die Vorschläge der SPD liegen immer noch keine Zahlen auf dem Tisch. Wenn sich die Annahme bestätigt, daß die Einsparungen weit höher sind als der Bedarf für den Verzicht auf Beitragserhöhungen, will die grüne Fraktion die Mittel für den Kindergartenbereich auf jeden Fall erhalten und im Haushalt absichern. Der Kindergartenbereich darf damit jetzt nicht still und heimlich zur Konsolidierung des Haushalts herangezogen werden! Die Sicherung einer qualitativen pädagogischen Arbeit in den Betreuungseinrichtungen und damit die Sicherung von Arbeitsplätzen in NRW ist unser Ziel in den kommenden Verhandlungen mit der SPD.

Siedlung Küppersbusch herausragendes Projekt der IBA Emscher Park

Im Rahmen der Internationalen Bauausstellung Emscher Park entstehe auf dem rund 7 ha großen ehemaligen Betriebsgelände der Firma Küppersbusch in Gelsenkirchen-Feldmark ein Wohnungsbauprojekt von hoher städtebaulicher Qualität. Neben 265 Wohneinheiten umfasse das Sanierungsvorhaben eine Kindertagesstätte und einen Stadtteilpark. Architektonisch, ökologisch und sozial sei das Projekt besonders wertvoll.

Die mangelhafte Tragfähigkeit des Baugrundes habe Pfahlgründungen notwendig gemacht, deren Finanzierung die Bauträger aus wirtschaftlichen Gründen nicht akzeptierten. Die Mehrkosten bis eine Million Mark übernehme die Stadt Gelsenkirchen nach Ratsbeschluß. Bezogen auf das gesamte Sanierungsgebiet betrage die öffentliche Subventionierung pro Quadratmeter 13 DM, so die Antwort der Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Ilse Brusch (SPD), auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion Bernhard Schemmer. Die Dachwässer versickeren teilweise in einer großen Grünanlage mit Rasenmulde, die auch die Funktion eines Spiel- und Aufenthaltsortes habe. Aus hygienischen Gründen werde deshalb kein Regenwasser der Verkehrsflächen eingeleitet. Insgesamt sei es auf dem Küppersbusch-Gelände gelungen, über 75 Prozent der Dachwässer wieder dem Grundwasser zuzuführen. Auf die Frage, wie die öffentlichen Haushalte den Bau der integrativen Kindertagesstätte unterstützt hätten, gab die Landesregierung bekannt, daß rund ein Drittel der Gesamtkosten von 390 000 DM aus Landesmitteln finanziert worden sei. Den restlichen Betrag habe die Stadt Gelsenkirchen aus Eigenmitteln gedeckt. Neben diesen Zuschüssen seien außer Städtebauförderungsmitteln für die Herrichtung des Geländes und öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau nach den landesrechtlichen Regelungen keine weiteren öffentlichen Mittel in das Projekt geflossen.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Der Abgeordnete Breuer gehört zu der stattlichen Schar jüngerer Politiker in der CDU, die noch längst keine „40“ auf dem Buckel haben, aber dennoch unübersehbar in die Verantwortung drängen. Michael Breuer (den zweiten Vornamen Thomas führt er zwecks Unterscheidung vom Vater, der ebenfalls Michael heißt) ist erst 31 Jahre alt. Er machte Abitur, als Helmut Kohl schon drei Jahre Bundeskanzler war und 22 Jahre an der Spitze der CDU Deutschlands stand. Wiewohl Breuer dem imaginären Kohl-Fanclub nicht angehört, spricht er doch voller Respekt über die politische Statur des Pfälzers. Breuer teilt dazu Kohls Optimismus, was einen erneuten Sieg bei der Bundestagswahl am 27. September kommenden Jahres angeht. Der Kanzler werde es wieder schaffen, wie schon so oft in der Vergangenheit. Breuer hat Kohl auf Deutschland-Tagen der Jungen Union und bei zahlreichen CDU-Bundesparteiakongressen erlebt. Das sei schon eine beeindruckende Persönlichkeit, sagt der junge Landtagsabgeordnete aus dem Erftkreis.

Als Vorbild betrachtet er Kohl nicht. Schon gar nicht möchte er Politik derart wie Kohl zum Lebensinhalt von jungen Jahren an werden lassen. Überhaupt: Das Wort „Vorbild“ erscheint dem studierten Volkswirt, der in Bonn beim späteren Nobelpreisträger Reinhard Selten Examen gemacht hat, in Bezug auf jede denkbare andere Person als zu hoch gegriffen.

Michael Breuer kommt vom Dorf, genauer aus Ahrem bei Lechenich, das wiederum zu Erftstadt gehört. Zuhause wuchs er zusammen mit drei Schwestern, zwei älteren und einer jüngeren auf. Der Vater ist Rheinländer, die Mutter stammt aus Oberschlesien. Politik, besonders Kommunalpolitik war im Haus von Stadtrat Breuer senior Gesprächsstoff. Das junge Leben von Breuer junior verlief in bürgerlich-geordneten Bahnen. Aktiver Fußballer bei Rot-Weiß Ahrem, Meßdiener, regelmäßiger Kirchgänger, Gymnasiast in Lechenich, Eintritt in die Junge Union als Abiturient 1985, wenig später Mitgliedschaft in der CDU.

Mit 20 Jahren gab Breuer das Fußballspielen auf, heute schaut er gelegentlich bei Heimspielen von Borussia Mönchengladbach, seinem rheinischen Lieblingsverein, zu. Die freie Zeit ist knapp geworden. Das Bücherlesen beschränkt sich beinahe auf die Ferien. Jogging als Ausgleichsaktivität zu der vielen Schreibtischarbeit kommt auch nur an den Wochenenden vor. „Ja“, sinniert der Politiker im Gespräch, „wenn man so darüber redet, stellt man fest, wie wenig Hobbys einem geblieben sind.“ Breuer wird dabei nicht melancholisch, er ist ein eher lockerer Typ, wie das heute heißt, ein positiv Denker, kein Grübler.

Im Landtag, dem Breuer seit 1995 angehört, wurde er gleich zu Beginn mit Arbeit gut versorgt. Er gehört den Ausschüssen für Haushaltskontrolle, für Wissenschaft und Forschung, für die Verwaltungs-Strukturreform sowie als stellvertretendes Mitglied dem Haushalts- und Finanzausschuß an. Besonders die älteren Kollegen seien zu Anfang sehr hilfsbereit gewesen. Der Wirtschaftsfachmann ist klug genug, nicht erkennen zu lassen, wie ihn der oft fehlende ökonomische Sachverstand im Parlament irritiert. Er weicht der entsprechenden Frage aus mit dem Hinweis, es sei schade, wie wenig klar den Leuten generell die Konsequenzen von Haushalts- und Finanzpolitik seien. Er bemühe sich, die komplexen Sachverhalte so einfach wie möglich darzustellen.



Michael Breuer (CDU)

Breuer, der eine Ader für wissenschaftliches Arbeiten in seinem Fach hat (er war zweieinhalb Jahre am Institut für Mittelstandsforschung tätig) arbeitet seit 1993 auf Stundenbasis für eine Kölner Wirtschaftsberatungs-Gesellschaft. Er kann sich gut vorstellen, einmal ein Unternehmen zu leiten oder gar ein solches zu gründen. Dann wäre allerdings Schluß mit der Politik.

In Kampflaune gerät der CDU-Mann, wenn er über die nötige Verwaltungs-Strukturreform und diejenigen, die dabei auf der Bremse stehen, spricht. „Wir sind in den Behörden noch Kilometer weit weg von der Dienstleistungsgesellschaft; haben Sie schon einmal versucht, nach 17 Uhr in einem Amt auch nur eine Nachricht zu hinterlassen?“

Breuer ist Optimist genug, seiner Partei in NRW eine bessere Zukunft vorauszusagen. Man müsse nur die riesigen Defizite der Landesregierung glasklar herausstellen. Fleißarbeit und eine konsequente Oppositionspolitik seien nötig. „Schauen Sie sich die niedrige Investitionsquote in NRW an, das ist doch erschreckend. Schauen Sie sich die Vorbehalte gegen Gen- und Biotechnologie bei Rot/Grün an.“ Ein klares Bekenntnis zum Euro ist für den Politiker und Volkswirt selbstverständlich. Natürlich zeigt er sich schlüssigen ökonomischen Argumenten, etwa des Bundesbankpräsidenten und anderer Fachleute gegenüber aufgeschlossen. Indes: Wichtiger als alle wirtschaftswissenschaftlichen Einwände ist ihm die politische Bedeutung der europäischen Union, „dem entscheidenden Thema meiner Generation“, wie Breuer formuliert. Der Euro müsse kommen. Es fehlte nicht viel, und er hätte wohl ein Kohl'sches „Punkt, Aus, Feierabend“ hinzugefügt.

Der Abgeordnete kritisiert Politiker, die es nicht fertigbringen, den Menschen überzeugend die Vorteile der europäischen Währung zu erklären. Es fehle an Aufklärung über den Euro.

Der 31jährige Erftstädter ist verheiratet und noch kinderlos, wie er erzählt. Der Freundeskreis ist nicht CDU-lastig. Anders als vielen seiner Mitmenschen liegt Breuer nicht sonderlich viel daran, zu verreisen. „Einmal Urlaub im Jahr – das ist mir eigentlich genug, aber ich vermisse auch nichts, wenn ich mal ein oder zwei Jahre lang keine Urlaubsreise gemacht habe.“

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 16. bis 28. Oktober 1997

16.10. **Klaus Stallmann** (CDU), 51 J.
17.10. **Horst Steinkühler** (SPD), 60 J.
20.10. **Erika Rothstein** (SPD), 61 J.
20.10. **Walter Bieber** (SPD), 48 J.
23.10. **Bernhard Schemmer** (CDU), 46 J.
25.10. **Carina Gödecke** (SPD), 38 J.
28.10. **Hermann Jansen** (SPD), 65 J.

★

Brigitte Speth, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, ist im Amt der Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in der SPD erneut bestätigt worden. Auf dem Ende September 1997 veranstalteten AfB-Bundeskongreß erhielt sie 94,6 Prozent der abgegebenen Stimmen. Brigitte Speth ist seit 1993 Vorsitzende der AfB.

★

Hermann Jansen (SPD), Landtagsabgeordneter, wird am 28. Oktober 65 Jahre alt. Der Gewerkschaftssekretär aus Mönchengladbach absolvierte nach dem Besuch der Volksschule eine Lehre als Maler und Anstreicher. Von 1971 bis 1983 war er Betriebsratsvorsitzender und arbeitete seit 1983 als Gewerkschaftssekretär der IG Metall Mönchengladbach. Der SPD gehört Hermann Jansen seit 1963 an, der IG Metall bereits seit 1955. Er ist Kreisvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt und Vorsitzender der AOK-Vertreterversammlung Mönchengladbach. Dem Landtag gehört er seit 1985 an. Er ist ordentliches Mitglied im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales, im Sportausschuß sowie im Verkehrsausschuß.

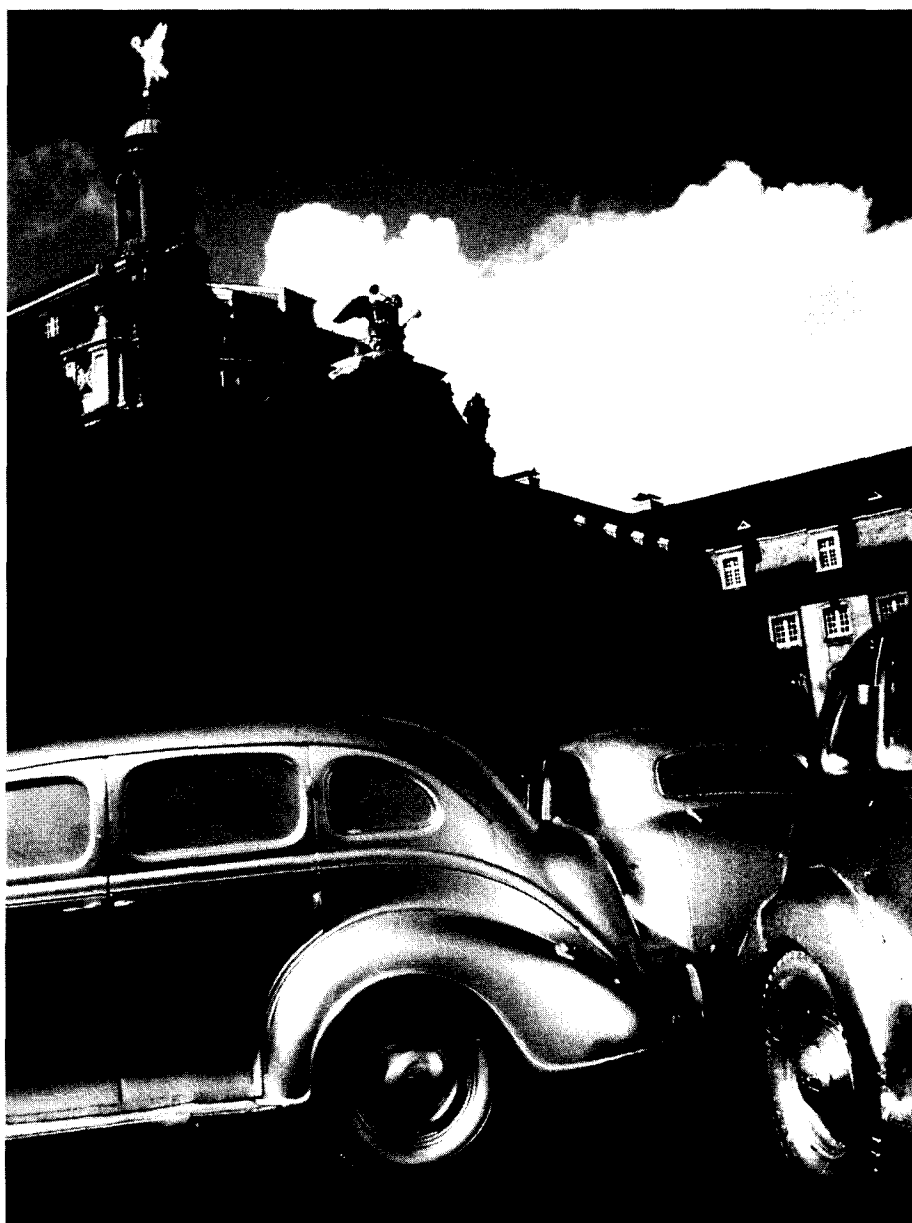
★

Horst Steinkühler (SPD), Landtagsabgeordneter, begeht am 17. Oktober seinen 60. Geburtstag. Der Industriemeister aus Oerlinghausen, gelernter Weber, ist seit 1957 Mitglied der SPD und war von 1974 bis 1986 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins seiner Heimatstadt. Seit 1990 ist er Mitglied im Vorstand, seit 1972 Mitglied im Unterbezirksvorstand Lippe und hatte von 1981 bis 1992 den Vorsitz des SPD-Unterbezirks inne. Von 1981 bis 1988 war er Vorsitzender im Bezirksausschuß des Bezirks Ostwestfalen-Lippe der SPD. Seit 1984 ist Horst Steinkühler mit kurzer Unterbrechung Mitglied im Rat der Stadt Oerlinghausen, deren Bürgermeister er von 1984 bis 1989 war. Im Landtag, dessen Mitglied er seit 1980 ist, gehört der Jubilar dem Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz sowie dem Petitionsausschuß an.

★

Ingeborg Friebe, ehemalige Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, übergibt in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Vorstandes der Sparkassen-Stiftung zur Förderung rheinischen Kulturguts gemeinsam mit dem Präsidenten des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes den Rheinischen Staatssekretär im NRW Finanzministerium, **Dr. Karlheinz Bentele**, Vorsitzender des Stiftungskuratoriums, am Sonntag, 12. Oktober, im Forum Leverkusens den Rheinischen Kulturpreis 1997 der Stiftung an die „Leverkusener Jazztage“. Die Übergabe des mit 60 000 Mark dotierten Preises erfolgt im Rahmen eines Konzertes.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Halteverbot herrscht wieder vor dem Münsterschen Schloß. Die silbrig glänzenden Karossen, die hier unbehelligt wochenlang geparkt waren, wurden entfernt und traten inzwischen ihre Reise ins ferne Korea an, wo sie vor dem Firmensitz eines weltweit operierenden Elektronikkonzerns wieder aufgebaut werden. Sie waren Teil der in der westfälischen Domstadt alle zehn Jahre stattfindenden Skulpturenausstellung, die gerade zu Ende gegangen ist und mit einer halben Million Besucher aus aller Welt fast die Bilanz der Kasseler documenta X erreicht hat. Eine der über das ganze Stadtgebiet verstreuten Installationen waren die silbergestrichenen Automobile vor dem Schlaunschen Schloß, die ihr Schöpfer, der Koreaner Nam June Paik „32 cars for the 20th century“ benannt hat, und aus denen leise Mozartmusik drang. Ganze Heerscharen von Kunstinteressierten nahmen das Objekt in Augenschein und brauchten sich nicht in Schlangen einzureihen wie am Münsterschen Zwinger — einem mittelalterlichen Turm, den die Gestapo als Folterkeller mißbrauchte —, wo die Installation von Rebecca Horn, ein weiterer Höhepunkt der „skulptur 97“, die Geduld der nur schubweise eingelassenen auf eine Probe stellte.

Foto: Kamp